



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 1
5. Jahrgang

Erste Ausgabe monatlich, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postämter. Preis: 6.00 M. pro Jahr. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein. Berlin SW. 19. Kantarhäuser Str. 44. Fernsprecher: 1111. Postfach 1000. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldmarken. — Alle Abnahmen an Postkonten Berlin SW. 19. Nr. 4414 oder an Deutsche Bank, Postkonten Berlin SW. 47. Geschäftsstelle Saar-Verein, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erheben.

25. Januar
1924

Stärkung des französischen Propagandafonds für das Saargebiet.

Von Richard Pollert.

Vor kurzem ging eine Nachricht durch die Presse, wonach der französische Kammer die Begründung für den Gesetzentwurf zugegangen sei, durch den für Propagandazwecke ein Zusatzkredit von 6 Millionen Fr. angefordert wird. Mit dieser beantragten Erhöhung steigt der Betrag dieses Fonds von 57 auf 63 Millionen Fr., von denen allein auf den Propagandafonds des Qual d'Orsay 47,5 Millionen entfallen. Das sind rund 1/2 der Summe, die dem deutschen Auswärtigen Amt mit allen seinen Abteilungen, diplomatischen Missionen im Ausland insgesamt zur Verfügung steht. Frankreich marschiert mit diesen Beträgen, die es für Propagandazwecke ausgibt, an der Spitze aller Länder. An sich ist diese Tatsache nicht überraschend, denn kein Land der Welt hat ein so ausgebreitetes Propagandanez über die ganze Welt ausgebreitet wie Frankreich — kein Land der Welt allerdings ist auch so emsig bemüht wie Frankreich, seiner imperialistischen Politik nach außen hin ein anderes Gesicht zu geben. Kein Land der Welt hat es allerdings auch so nötig, seine politischen Absichten und Ziele zu verdecken. Deshalb forderte die französische Regierung vom Parlament die Bewilligung eines neuen Kredits in Höhe von 6 Millionen Fr., welcher dazu dienen soll, die Verbreitung täglicher Nachrichten aus französischer Quelle zu fördern.

Die Verbreitung täglicher Nachrichten aus französischer Quelle zu fördern — was das bedeutet, vermag nur der zu beurteilen, der täglich mit solchen Nachrichten aus französischer Quelle sich beschäftigen muß. Nur den wenigsten Zeitungslern ist es bisher zum Bewußtsein gekommen, daß fast 50 Prozent aller politischen Nachrichten in der deutschen Presse französischen Ursprungs sind, daß selbst ein großer Teil von Nachrichten über Politik und Tagesereignisse in Deutschland in der deutschen Presse aus französischen Nachrichtenagenturen stammen, weil diese Agenturen trotz der außerordentlich hohen Kosten ihren Nachrichten diebstahl fast verdecken. Das System ist einfach, aber für die öffentliche Meinung außerordentlich gefährlich. Heißt es doch in der Begründung zu dieser Kreditforderung ausdrücklich: „Will man wirksam bis zu den Massen des ausländischen Publikums vordringen, so muß man ausschließlich auf die alltägliche durch die Agenturen und Spezialberichterstatter verbreiteten Informationen zählen, welche dann in der Folge mechanisch durch die Zeitungen wiedergegeben und in Tausenden von Exemplaren von der ganzen Welt gelesen werden. Unter der ununterbrochenen und diskreten Einwirkung dieser Pressetelegramme kommen die großen Strömungen der öffentlichen Meinung zustande, welche dann den großen Einfluss auf die Entschlüsse der Regierungen ausüben.“

Und wer diese Art französischer Pressepropaganda in der Nähe beobachten konnte, weiß, was diese Ausführungen bedeuten. Weß, was unter „diskreter Einwirkung“, unter „Anstehenommen der öffentlichen Meinung“ und ihren „Einfluss auf die Entschlüsse der Regierung“ zu verstehen ist. Die soeben erfolgten Veröffentlichungen der Pariser „Humanité“ über die Rückständigkeit der französischen Presse und die „diskreten Einwirkungen“ auf diese, wodurch letzten Endes der letzte Weltkrieg hervorgerufen wurde, haben die furchtbare Waffe der französischen Pressepropaganda ins grelle Licht gerückt.

Was bedeutet aber diese Frage für das Saargebiet? Leider mehr, als man zunächst erkennen kann. In der angeführten Begründung für diesen Kredit sagt nämlich die französische Regierung noch weiter: „Dieser Kredit von 6 Millionen Franken kann nicht den allgemeinen Regeln der öffentlichen Buchführung unterworfen werden. Tatsächlich ist von höchster Bedeutung, zu verhindern, daß die herangezogenen Vermittler bekannt werden; belagte Ausgaben würden wohl, sobald sie bekannt werden, Diskussionen im Auslande hervorrufen, und die Regierung könnte alsdann nicht mehr auf diejenigen zählen, deren Mithilfe ihr bei der Verbreitung der französischen Nachrichten besonders wertvoll ist. Diese Kredite müssen daher die Eigenschaft von Geheimfonds erhalten und dürfen nicht Gegenstand irgendwelchen öffentlichen Ausweßes sein.“

In einer mündlich gegebenen Antwort auf eine entsprechende Anfrage wurde „streng diskret“ bekräftigt, daß von den angeforderten sechs Millionen Franken ein erheblicher Teil zur Propaganda im und für das Saargebiet verwendet werden würde. Man kann sich vorstellen, daß für die am 22. Juni 1923 in der Kammer geforderte neue französische Saarpolitik „Das Saarland den Saarländern“ besondere Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die einen der großen Reden dieser Politik für Frankreich entsprechenden Betrag ausmachen würden.

Man begreift bereits durch diesen kleinen Hinweis, was die französische Regierung darunter versteht, „die großen Strömungen der öffentlichen Meinung über den großen Einfluss auf die Entschlüsse der Regierungen aus“. Aus den Berichten des französischen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets, Rauff, aus den Berichten der im Auftrage und mit geldlicher Unterstützung des Qual d'Orsay in das Saargebiet entsandten französischen Parlamentarier (Kerry, Maroigne, Landry usw.) und französischen Journalisten (Sauerwein usw.) ergab sich übereinstimmend, daß „die Bevölkerung des Saargebiets sich immer mehr und mehr an Deutschland anklammert“ daß alle Französisierungsversuche allgemein abgelehnt werden und daß es darum „vor allem notwendig wäre, das Saargebiet zuerst von Deutschland loszulösen, dadurch, daß man im Saargebiet nicht eine französische, sondern eine saarländische Politik treibt“.

Diese Berichte — die dann den großen Einfluss auf die Entschlüsse der Regierungen ausüben — ermächtigen die Anforderung neuer Propagandakredite für das Saargebiet, deren Bewilligung von vornherein außer Frage stand. Der Vertreter des Qual d'Orsay

bet der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken, Köhlin, wurde mit neuen Mitteln ausgestattet. Durch ihn flossen neue reichliche Mittel an den französischen Propaganda-Berlag „Nouvel Saar-Kurier, G. m. b. H.“ in Saarbrücken, durch ihn wurden die Bestrebungen finanziert zur Errichtung französischer Schulen im Saargebiet und der Zuführung von deutschen Kindern für diese Schulen, für welche Zwecke nach Ferry „keine Opfer gescheut werden dürfen“ und wofür „die Bergverwaltung ihren ganzen wirtschaftlichen Druck ausüben muß“. Durch seine Hände fließen auch die Mittel, die notwendig sind, um eine „separatistische Bewegung im Saargebiet ins Leben zu rufen zur Erreichung der ersten Staffel französischer Saarpolitik: Lösung des Saargebietes von Deutschland“.

Wenn man diese Zusammenhänge kennt, wenn sie bestätigt werden durch die oben angeführte Begründung eines Zusatzkredit-antrages für verstärkte französische Propaganda, dann wird man sich erklären können, durch welchen Anlaß der von dem berühmten französischen Major Ribot gegründete „Saarbund“ sich plötzlich politisch gebärdete und mit Unterstützung des französischen Propagandaorgans nach den Forderungen des französischen Deputierten Margaine „ausschließlich für eine saarländische Politik“, nämlich für die Parole Propaganda machte: „Das Saarland den Saarländern“. Diese Politik soll aber nur eine Zwischenstufe sein, „um zunächst das Saargebiet von Deutschland zu lösen und dann um

so leichter die Bevölkerung nach Frankreich hinüberzuführen“. Erinnert man sich weiter daran, daß am 27. Januar im Saargebiet die Wahlen zum Landesrat stattfinden, an denen der „Saarbund“ als Franzosenpartei zum erstenmal aktiv beteiligt ist, dann wird man anscheinend begreifen, weshalb die Begründung des Zusatzkredits für französische Propaganda „diskret und geheimnisvoll“ gegeben wurde. Die Gründung des „Saarbundes“ ist lediglich mit französischen Mitteln erfolgt allein zu dem Zweck, das Saargebiet von Deutschland zu lösen. Ein erheblicher Teil der von der französischen Kammer angeforderten 8 Millionen Franken ist für die Propaganda im Saargebiet bestimmt. Der 27. Januar soll zum erstenmal den Beweis dafür erbringen, ob die mit diesen neuen Propagandakrediten eingeleitete Propaganda Erfolg hat; die französische Propaganda will durch ihren Hauptvertreter, Herrn Kautz, beim Völkerbund und durch „die herangezogenen Vermittler“ und infolge „ununterbrochener und diskreter Einwirkung“ vermittle der „Pressetelegramme“ die „öffentliche Meinung“ auskommen lassen, als wende sich die Bevölkerung des Saargebietes „spontan und einmütig“ von der Berliner Regierung ab. Das sind die Aufgaben der neuesten französischen Propagandakredite für das Saargebiet, deren Auswirkungen wir jetzt täglich in mehr als widerlicher und betrügerischer Weise unter der mißbräuchlichen Verwendung des Schlagwortes „Das Saarland den Saarländern“ beobachten müssen.

Das wahre Gesicht der Regierungs-Kommission.

Korruption von „Rechts wegen!“

Die Regierungskommission veröffentlichte im Amtsblatt Nr. 31 vom 22. Dezember 1923 eine Verordnung Nr. 671, betreffend Einführung des Systems der freien Listen für die Wahl zum Landesrat anstelle des Systems der gebundenen Listen.

Artikel 2 der Verordnung besagt:

„Die Wähler sind berechtigt, die auf den Stimmzetteln ursprünglich eingetragenen Namen zu streichen und durch Bewerber zu ersetzen, deren Namen in einem anderen zugelassenen Wahlvorschlages genannt sind.“

Die „Saar-Zeitung“ machte zu dieser Verordnung längere ausgezeichnete Ausführungen, die den Charakter dieser Verordnung und die damit verfolgten Absichten aufs beste kennzeichnen. Wir geben daher folgenden kurzen Auszug daraus wieder:

Das freie Listensystem ist durch den Artikel 2 der genannten Verordnung im Saargebiet geltendes Recht geworden, obwohl es für keinen sachlich denkenden Kenner der saarländischen Politik einem vernünftig begründeten Zweifel unterliegen kann, daß die weitaus überwiegende, in den politischen Parteien organisierte Mehrheit der Saarbevölkerung dieses Wahlsystem aus stichhaltigen Gründen elementarster politischer Moral entschieden ablehnt. Das politische Erkenntnisvermögen sowohl wie der durch nüchterne Erwägungen der praktischen Vernunft geleitete Wille der überwiegenden Mehrheit der saarländischen Deutschen, aus den bitteren Erfahrungen der letzten drei Jahre saarländischer Geschichte zu lernen, sind zu groß und zu stark, um nicht mit klarem Blick zu erkennen, welche eminent politische Bedeutung die Einführung des freien Listensystems für die politische Gestaltung des zukünftigen Schicksals ihrer Heimat hat.

Wer Instinkt hat für die Wirklichkeiten der saarländischen Politik, wird einräumen, daß die Einführung des freien Listensystems im Saargebiet als politischer Idee nicht unvermittelt, gleichsam gewappnet wie die Athene aus dem Haupte des Zeus, den Köpfen der wahren Machthaber des Saargebietes entsprungen ist, sondern in eingehender Zwiesprache mit dem, was die Vergangenheit der letzten drei Jahre saarländischer Geschichte gesagt und gelebt hat.

Welches ist der tiefere politische Sinn der Einführung des freien Listensystems?

Der Schutz des politischen Selbstbestimmungsrechtes der einzelnen Wähler ist lediglich die für harmlose Vertreter grenzenloser politischer Aktivität vielleicht undurchsichtige, für jeden realpolitisch Denkenden allzu durchsichtige Maske, hinter der sich offensichtlich hochpolitische Ziele verbergen, Ziele, die mit der treuhänderischen Wahrnehmung des Wohles der Saarbevölkerung nicht das geringste zu tun haben. Die im vergangenen Jahre gefällten Kommunalwahlen haben mit einer nicht zu überbietenden Deutlichkeit den Machthabern des Saargebietes gezeigt, daß das freie Listensystem als politisches Machtinstrument gegen die politischen Parteien die trefflichste Qualifikation besitzt, eine Qualifikation, die in dem Kampf der Drahtzieher der hohen saarländischen Politik gegen die nationale Einheitsfront der Saargebetsbevölkerung politisch nicht ungenutzt bleiben darf.

Die anarchistische Geltendmachung politischer Korruption Einzelwillen über den Gemeinshaftswillen der Parteien war die Signatur

des mit so zweifelhafter westlicher Empfehlung belasteten freien Listensystems!

Die Einführung des freien Listensystems richtet sich gegen die politischen Parteien des Saargebietes als solche, als innerlich gefestigte Gesinnungsgenossenschaften, deren parlamentarische Tätigkeit im Laufe des vergangenen Jahres zur Auslese von Führernaturen geführt hat, die durch ihre von vernünftigem Tatsachensinn und klarem realpolitischen Blick geleiteten stetigen politischen Bemühungen beim Völkerbundsrat im Genuß der Dank aller deutsch denkenden Saarländer in höchstem Maße verdient haben. Die innere Festigkeit der Parteien, die im Kampfe um die Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet und die im Versailler Vertrag verbrieften Rechte der Saarbevölkerung eine reale Macht ersten Ranges darstellen, soll gebrochen werden und als Sprengmittel von politisch gewaltiger Explosivkraft betrachten die wahren Machthaber des Saargebietes in „tiefstem treuhänderischen Wohlwollen“ jenes freie Listensystem, dessen innerste Tendenz zur individualistischen Zersplitterung durch die Kommunalwahlen vor aller Welt erwiesen wurde.

Jeder denkende deutsche Saarländer wird ohne gründliche Erwägungen sofort erkennen, wie leicht es den aus dem Westen in den letzten Jahren ins Saargebiet gezogenen Franzosen, die auf Grund der famosen Saareinwohnerverordnung „Saarländer“ und damit wahlberechtigt geworden sind, gemacht ist, aus politischen Schiebungen gegen die bewährten Führer der politischen Parteien des Saargebietes geradezu ein dunkles politisches Handwerk zu machen. Man überlege sich: Ein einziges Büro der Bergwerksdirektion Saarbrücken hat in dem vom Völkerbund regierten Saargebiet die ungeheuerliche, politisch geradezu skandalöse Möglichkeit, im Namen des politischen Selbstbestimmungsrechtes der einzelnen Wähler die politischen Führer dadurch aus dem Landesrat herauszuwählen, daß sie ihre „Saarländer“ gewordenen französischen Angestellten und Beamten und die sonstigen „Saarländer“ Saarbrückens in den dunklen Dienst einer westlich-nationalistisch motivierten Schiebung stellt. Es ist angesichts solcher für deutschdenkende Saarländer brutaler Tatsachen ein öffentlicher Skandal, wenn deutsche Beamte den traurigen Mut oder die bemitleidenswerte Aktivität besitzen, zu behaupten, die Einführung des freien Listensystems sei eine Forderung der politischen Gerechtigkeit, es handele sich um die demokratische Sicherung des freien Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Wählers! Und es ist eines der dunkelsten Kapitel der saarländischen Geschichte, daß bekannte deutsche Beamte ihr geistiges Können und ihr verwerfliches politisches Intrigieren in den Dienst rücksichtslosen Machiavellismus gegen ihre eigenen Volk stellen.

Die Einführung des freien Listensystems richtet sich nicht nur gegen die politischen Parteien und ihre Führer, sondern auch gegen die deutschpolitische Idee als solche, als sturm-erprobtes einigendes Band der politischen Parteien. Wollte

heißt: Bestimmt durch ein Volksganzes. Volk ist ein geistiges Ganzes, ein geistiger Organismus von bestimmter Eigenart. Das individualistisch bestimmte Denken und Handeln, so wie es mit psychologischer Notwendigkeit politischer Ausfluß des freien Listensystems ist, kennt keine Ganzheiten, sein Mittelpunkt ist das selbstische Ich. Die Gemeinschaft der Schicksale und der Kulturgüter des Saarlandes mit dem großen deutschen Vaterlande, der bewusste Besitz eines deutschen Vaterlandes ist diesem Denken gleichgültig. Deshalb hat es auf Grund der Verordnung durch Einführung des individualistisch gesehenden freien Listensystems eine so treuhänderisch wohlwollende Sanktion gefunden! Das ist des Pudels Kern!

Die Verordnung der Regierungskommission begnügt sich aber keineswegs damit, das freie Listensystem als Wahlsystem für den Landesrat, so wie es bei den Kommunalwahlen in rechtlicher Geltung war, im Saargebiet einzuführen. Sie macht auch jede Korrektur des auf „Schleibungen“ der oben gekennzeichneten Art beruhenden Wahlergebnisses, das zum „Köpfen“ der Führer geführt hat, unmöglich. Art. 3 Abs. 2 der Verordnung besagt:

„Ein solcher Bewerber nicht vorhanden oder lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab oder scheidet er nachträglich aus, so bleibt der Sitz unbesetzt.“

Wenn also die Führer der Parteien bei der Wahl zum Landesrat auf Grund der von der Regierungskommission gesetzlich festgelegten Schleibung durchgefallen sind, besteht nicht die Möglichkeit, daß ein gewählter Bewerber durch Ablehnung der Wahl oder durch nachträgliches Ausscheiden für sie zurücktreten kann, eine Möglichkeit, die bei den Wahlen zu den kommunalen Parlamenten eine hervorragende Rolle bei der Korrektur des Wahl-

ergebnisses in dem Sinne gespielt hat, daß durch Streichungen Schleibungen durchgefallene Führer in die kommunalen Vertretungen einzuleiten konnten. Wenn der Art. 3 Abs. 2 der Verordnung noch nicht eindeutig genug sagt, was hinter den politischen Kulissen mit der Einführung des freien Listensystems beabsichtigt ist, der ist mit unheilbarer politischer Blindheit geschlagen. Er bedarf für jeden deutsch denkenden Saarländer keines weiteren Kommentars. Nur auf eins sei noch hingewiesen. Die Verordnung betreffend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Saargebiet vom 18. Juni 1923 besagt in ihrem Art. 3, daß gemäß § 18 des Pressegesetzes bestraft wird, wer die verschiedenen Teile des Saargebietes, welches aus deren Staatsangehörigkeit sei, gegeneinander aufreizt oder aufzureizen versucht. Wir richten an alle Saarländer, die den moralischen Mut zu einem sachlich-politischen Urteil haben, die Frage: Wer verwickelt die oben gekennzeichneten deliktischen Tatbestand in höherem Maße? Der Gesetzgeber, der das individualistisch gesehene Listensystem einführt oder der deutschdenkende Staatsbürger, der dieses System politischer Korruption und sozialer und nationaler Selbstzerfleischung auf Grund elementarer politischer Moral bekämpft? Die Antwort ist für jeden objektiv Denkenden klar, auch wenn er westlich orientiert ist.

Die Einführung des freien Listensystems bedeutet demnach auf Grund unserer obigen Ausführungen einen Schlag ins Gesicht der politischen Parteien und des überwiegenden Teils der Saarbevölkerung.

Das Intrigenregime an der Saar.

Die Regierungskommission hat unter Nichtachtung der Wünsche der Fraktionen des Landesrats und der politischen Parteien für die bevorstehenden Wahlen zum Landesrat das bei der ersten Wahl angewandte System der gebundenen Listen aufgehoben und an deren Stelle die sogenannten freien Listen gesetzt, die nach dem Prinzip „teile und herrsche“ die Möglichkeit bieten, durch Interessenzerpflitterung einen Einfluß im Sinne der Regierungskommission auf das Resultat der Wahl auszuüben. Natürlich ist diese Verordnung wieder ohne Anhörung des Landesrates erlassen worden.

Zur Aufklärung über diese Maßnahme der Regierungskommission wenden sich die Liberale Volkspartei, die Deutsch-Demokratische Partei, die Zentrumspartei und die Sozialdemokratische Partei mit dem folgenden gemeinschaftlichen Aufruf an die Saarbevölkerung:

„Am Weihnachtsabend überreichte die Regierungskommission der Saarbevölkerung ein Weihnachtsgeschenk. Es ist eine Verordnung, die für die kommenden Landratswahlen an Stelle der bisherigen gebundenen Listen das System der freien Listen setzt. Die so häufig von der gesamten Bevölkerung ausgesprochenen Forderungen nach Einführung der gebundenen Listen für alle Wahlen sind von neuem mißachtet. Infolge der jetzt für das ganze Saargebiet erlaubten Streichungen und Änderungen hat es nach den bisherigen Erfahrungen eine verschwindend kleine Anzahl von Wählern in der Hand, den Willen der gesamten Bevölkerung zu durchkreuzen. Nicht der Wille der überwiegenden Mehrheit ist maßgebend, sondern einige wenige Wähler bestimmen den Landesrat. Wenn zum Beispiel 100 000 Wähler ihre Stimmen für den Führer einer Partei abgeben, so genügt eine einzige Streichung, um den Führer zu senken. Es besteht also die größte Gefahr, daß gerade diejenigen Kandidaten, auf deren sachkundige und unerschrockene Tätigkeit im Landesrat zur Wahrung des Allgemeinwohles nicht verzichtet werden kann, nicht gewählt werden. Damit nicht genug. Nur durch Todesfall kann ein gewählter Kandidat durch einen anderen ersetzt werden. Es ist somit keiner Partei möglich, einen aufgestellten Kandidaten, der durch wenige Streichungen nicht gewählt wurde, auf dessen Mitwirkung die Partei aber den größten Wert legt, nachrüden zu lassen.“

Am 7. November 1923 schon hat die Regierungskommission diese Abänderung des Wahlrechtes ohne Anhörung des Landesrates beschlossen. Im letzten Augenblick erst wurde die Verordnung im Amtsblatt vom 22. Dezember 1923 veröffentlicht. Am 10. Januar 1924 müssen die Wahlvorschlüsse eingereicht sein. Die Absicht ist klar. Man wollte den Parteien möglichst wenig Zeit lassen. Besonders wollte man ihnen die Gelegenheit rauben, beim Völkerrundrat in dieser Sache vorstellig zu werden. Deshalb wurde die Verordnung erst nach Schluß der letzten Sitzung des Rates veröffentlicht.

Welchen Zweck verfolgt die Regierungskommission mit diesem Erlaß? Sie will den Landesrat zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herabdrücken durch Ausschaltung der führenden Köpfe. Es hat schon eines starken Druckes des Völkerrundrates bedurft, um die Regierungskommission zu zwingen, die so lange und so oft geäußerte Forderung der Bevölkerung auf Schaffung einer einheitlichen Volksvertretung zu erfüllen. Dann hat die Regierungskommission versucht, dem Landesrat durch Beschränkung der Wählbarkeit auf die im Saargebiet geborenen Personen wertvolle Kräfte vorzuenthalten, hat ihn in eine unwürdige Geschäftsordnung eingezwängt, hat ihm seinen Präsidenten ernannt, hat ihm Petitionsrecht, Interpellationsrecht, Immunität der Abgeordneten verweigert. Kurzum: der Landesrat sollte damals schon mit allen Mitteln zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden.

Nichtsdestoweniger hat der Landesrat durch sein rastloses, sachverständiges Arbeiten, durch sein unerschrockenes Eintreten für die wahren Interessen der Saarbevölkerung sich Einfluß und Ansehen verschafft nicht nur in der Saarbevölkerung, sondern auch vor dem Völkerrundrat. Die Rotverordnung ist verschwunden. Immer wieder erneuerte der Völkerrundrat seine Instruktion, das französische Militär zu beseitigen. Die gesamte Regierungskommission wurde in Genf verhöhnt. Der Präsident kann nicht mehr allein handeln, sondern ist an die Beschlüsse der Gesamtregierungskommission gebunden.

Immer mehr erkennt der Völkerrundrat die Berechtigung der Forderungen der Saarbevölkerung an, die die Aufrechterhaltung der wenigen ihr verbliebenen Rechte will. Wir müssen und wir werden auch dahin gelangen, daß das französische Militär tatsächlich verschwindet, daß die Saarbevölkerung ihren Vertreter in der Regierung dem Völkerrundrat vorstellt, daß der Völkerrundrat für keine Entscheidungen nicht einseitig von der Regierungskommission allein informiert wird, sondern daß auch die Abgeordneten des Landesrates offiziell vom Rate gehört werden. Diese Entwicklung möchte die Regierungskommission verhindern. Deshalb will sie die führenden Köpfe aller Parteien des Landesrats ausschalten um ihm, der keine Machtbefugnisse hat, auch noch die Macht des Geistes zu nehmen. Was man mit diesem Prinzip erreichen will, zeigen die Ausweisungen der führenden Leute in den besetzten Gebieten und die sich daraus ergebenden Folgen. Das Interesse der Saarbevölkerung verlangt aber, daß der Landesrat die Besten der Bevölkerung aufweist...

Es ist schon richtig, was in der Gründungsverlammlung der „Deutsch-Saarländischen Volkspartei“ ausgeführt wurde: Die Verordnung der Regierungskommission, nur geborene Saarländer für wählbar zu erklären, richtete ihre Spitze gegen den Führer der Sozialdemokratie Herrn Schäfer, die neue Verordnung gegen die freien Listen richtet sich in erster Linie gegen Herrn Dr. Herrn Köhling.

Zunehmende Aufmerksamkeit der englischen Öffentlichkeit über die Saarfrage.

Die bekannte Londoner Zeitung „The Times“ hat vor einigen Wochen einen Sonderberichterstatter in das Saargebiet entsandt, um hier aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennen zu lernen. Im Interesse einer einwandfreien Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse an der Saar sind solche Berichte aufs wärmste zu begrüßen. Je mehr sich die maßgebenden Kreise mit dem Saargebiet beschäftigen, je eher dürfen wir hoffen, daß sich die berechtigten Ansprüche der Saarbevölkerung durchsetzen werden und Frankreichs Wille nach einer im stillen durchgeführten Verwelschung des Saargebietes durchkreuzt wird.

In der Nummer der „Times“ vom 8. Januar beginnt der Berichterstatter seine Artikel-Serie unter der Überschrift „France and the Saar“. Er beschäftigt sich darin zunächst mit der Lösung der Saarfrage bei den Friedensverhandlungen, behandelt in einem weiteren Abschnitt die französischen Ansprüche auf das Saargebiet und umreißt in dem letzten Teile dieses ersten Artikels die Aufgabe, die der Regierungskommission im Saargebiet gestellt worden ist. Vieles von den Ausführungen des Berichterstatters ist hier so bekannt und schon so oft wiederholt worden, daß wir darauf verzichten können, den Artikel in seinem Wortlaut wiederzugeben. Der Verfasser knüpft seine Ausführungen an einen Geheimbericht über die Friedenskonferenz, in dem ausgeführt wird, daß das Saarproblem, das jetzt, in dem ausgeführt wird, daß das Saarproblem, das gebracht hätte, noch fortbesteht und weiter besteht bis 1935. Es sei

ein Prüfstein der Fähigkeit des Völkerbundes,

ein Gebiet durch eine internationale Kommission zu verwalten, eine Illustration der praktischen Anwendung der Machtvollkommenheiten, mit denen er ausgerüstet wurde. Die sogenannte Lösung der Saarfrage nach erbitterten Auseinandersetzungen wurde von den Friedensmachern mit einem Seufzer der Erleichterung aufgenommen, sie wurde als ein Sieg des Völkerbundes gepriesen. Der Berichterstatter weist auf die nahe bevorstehenden Wahlen zum Landesrat hin. Er ist überrascht, wie viel Interesse man im Saargebiet der Wahl einer Körperschaft entgegenbringt, die jeglicher Macht beraubt ist, deren Rat von der Regierung nicht immer eingeholt, und wenn gegeben, nur selten befolgt wird!

Auf Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet übergehend, führt der Berichterstatter aus: Frankreich betrachtete das Saargebiet als sein Eigentum, bevor es erobert (?) wurde und schloß ohne Vorwissen der übrigen Alliierten im Februar 1917 mit Rußland einen Geheimvertrag, der die Annexion des Saargebietes nach dem Kriege durch Frankreich vorsah. Eine seiner ersten Forderungen auf der Friedenskonferenz war denn auch sein Vorschlag der Annexion des Saargebietes. Der Bericht schildert dann den Widerstand, den diese Forderung fand, bis es schließlich zu der bekannten Lösung kam. Der Urheber dieser Lösung sei Lloyd George gewesen, der betont habe, er wisse, daß wenn er Mitglied der Regierungskommission wäre, das Saargebiet für sein Verbleiben unter dem Völkerbund entscheiden werde und in keinem Falle für die Wiedereineigung mit Deutschland. (Worauf Lloyd George dieses „Wissen“ stützt, wird nicht verraten, sein Ausspruch beweist aber, daß er sich an der Entscheidung über das Schicksal einer Bevölkerung beteiligt hat, ohne daß er auch nur annähernd über diese Bevölkerung unterrichtet war.) Entscheidend für Wilson, der Lösung zuzustimmen, obwohl sie ihn nicht befriedigte, war die Behauptung Clemenceaus, daß es 150 000 Franzosen im Saargebiet gebe, eine Zahl, die niemand bestritt, wiewohl sie erfunden war. Selbst jetzt, nach dem Einrücken einer Armee französischer Beamten und ihres ganzen Anhangs beträgt die gesamte französische Bevölkerung nach einer Feststellung des Präsidenten Kautz selbst nur 18 000, und nur eine geringe Anzahl Deutscher kann das Gebiet verlassen haben, da die Einwohnerzahl, wie der Korrespondent bemerkt, kaum höher ist als 1918. Die endgültige Regelung wurde getroffen unter der Annahme, daß die Vereinigten Staaten Mitglied des Völkerbundes würden und daß auch Deutschland alsbald zugelassen würde.

In dem dritten Abschnitte wird der

bedeutenden Aufgabe der Regierungskommission

gedacht, ein neues Staatswesen mit der ganzen Regierungsmaschinerie und dem Verwaltungsapparat zu schaffen. Eine der Hauptaufgaben der neuen Regierungskommission war die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und

der Schutz von Leben und Eigentum. Sie glaubte dem gerecht zu werden, indem sie französische Soldaten in das Gebiet brachte und drückte sich an der im Friedensvertrag vorgesehenen Schaffung einer örtlichen Gendarmerie vorbei. In erster Linie werden die französischen Soldaten herangezogen, um die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu schützen. Über die Stellung der Saarbevölkerung zu der neuen Regierungskommission heißt es in dem Bericht: Es war nicht zu erwarten, daß die Bevölkerung die Herrschaft einer fremden Oligarchie begrüßen würde. Aber sie nahm ihr Geschick als eine unvermeidliche Folge des Friedensvertrages hin. Trotz Streiks und Unruhen örtlicher Art sprachen die ersten Monate der Regierung für die Regierungskommission (?). Ihre reine Verwaltungsarbeit war in vieler Hinsicht vorzüglich, in dessen hatte sie eine Politik verfolgt, die unnötige Reibungen verursacht und die Saat des Verdachtes, des Mißtrauens und verhaltener Feindschaft unter den Einwohnern verbreitet hat. Diese Bevölkerung ist durch und durch unzufrieden, mißvergnügt und regierungsfeindlichen Geistes, und sie spielt, wie das Ruhrgebiet, eine entscheidende Rolle in der Zukunft Europas.

Schließlich behandelt das Blatt in einem besonderen Artikel die französischen Methoden zur

wirtschaftlichen Durchdringung des Saargebietes.

Es heißt darin u. a. wörtlich weiter:

Die Zeit zwischen dem Waffenstillstand und der Unterzeichnung des Friedensvertrages war entscheidend für die Bildung der französischen Politik. Was sich nach den Vorgängen dieser Periode ereignete, war nur die logische Fortentwicklung in Gestalt der französischen Aneignung der Eisen- und Stahlwerke des Saargebietes und der Besetzung des Ruhrgebietes.

Die französische Regierung war überzeugt, daß das Saargebiet Frankreich einverleibt würde, genau wie Elsass-Lothringen.

Wenn jeder Leser

uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Es gab darin für sie keine andere Möglichkeit. Herr Tardieu behauptete, daß die beiden Gebiete industriell voneinander abhängig seien. Das Saargebiet mit seiner Kohle von Lothringen mit seinem Eisen zu trennen, würde nach seiner Auffassung zerstörend wirken. Während der Zeit der französischen Besetzung erwarteten die Beamten Pläne, die sie damit rechtfertigten, daß sie die Früchte des Sieges sichern wollten. In dieser Zeit war Herr Loucheur Wiederaufbauminister, ein gewandter Mann mit politischem Ehrgeiz, ein einflussreicher Mann auf wirtschaftlichem Gebiete, der sich niemals eine günstige Gelegenheit, seinem Lande zu dienen, entgehen ließ. Er ist der Mann, der, wenn er Gelegenheit dazu hätte, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auf industrieller Grundlage gestalten würde.

Nach dem Waffenstillstand hatte Frankreich das Saargebiet in Besitz, und Herr Loucheur entsandte einen seiner fähigsten Beamten, den Kommandanten Riche (gemeint ist hier offenbar der bekannte Herr Riche. Anmerkung der Redaktion.) in das Gebiet mit allen Vollmachten, den Reichtum des Landes und seine Industrien zu überwachen. Die hier angewandte Politik wurde durch die Ergebnisse gerechtfertigt. Die französischen Direktoren, die an die Spitze der Saargruben gestellt wurden, waren in der Lage, Zuschüsse zu gewähren. Der Lauf der Dinge wurde durch den Friedensvertrag nicht geändert. Dieser gab Frankreich alle Kohlengruben in deutschen Händen mit Ausnahme der Grube Hostenbach, an der die Familie Röchling interessiert war, die in ihrem Eigentumsrecht bestätigt wurde — ihre Ausbeute ist 180 000 Tonnen jährlich — und der Grube Frankenhof, welche Franzosen zu Aktionären zählte, und die infolgedessen im Privatbesitz belassen wurde, mit einer jährlichen Förderung von 300 000 Tonnen.

Erwerbung von Stahlwerken.

Das Ziel der französischen Politik war, jene Einheit im Saargebiet zu sichern, die für einen vollen industriellen Erfolg wesentlich war, ferner den französischen Einfluß auszudehnen durch Kontrolle aller wichtigen Unternehmungen. Ein wunder-

garer Plan wurde verfolgt, um alle Werke von Hochöfen und Stahlwerken zur Vernunft zu bringen. Ihre Rohlenbelieferung wurde rationiert. Sie erhielten genug, um ein Drittel ihrer Werke zu beschäftigen, wurden aber daran gehindert, irgend einen ihrer Arbeiter zu entlassen. Diese Stahlwerke des Saargebietes hatten früher Kohlen aus lothringischen Giebereien bezogen, und es wurde zur Bedingung gemacht, daß, wenn solche Giebereien, die früher zu saarländischen Firmen gehörten, verkauft wurden, nur solche Firmen Kaufgebote machen konnten, die vorher zu einem Uebereinkommen mit den französischen Behörden gelangt waren. Zweifellos wäre eine Krise entstanden, aber die französischen Industriellen hatten ein Heilmittel zur Hand.

Sie wollten die Saarwerke nicht in dieser lässigen Lage lassen. Der Ausweg war einfach: 60 Prozent der Anteile an französischen Gesellschaften verkaufen, an dieselben Gesellschaften, die die Eisengruben in Lothringen kontrollieren würden. Der Anfang wurde gemacht mit dem Reunkirchener Stahlwerke, das vorher der Familie Stumm gehörte und 5000 Leute beschäftigte. Es wurde schließlich der Abgabe von 60 Prozent der Geschäftsanteile die Zustimmung gegeben. Auf einige Schwierigkeiten stieß man bei den Dillinger Eisenwerken, mit etwa 7000 Mann Belegschaft, da dieses Eisenwerk Bloch für Reparationszwecke lieferte. Die Bedenken wurden beseitigt durch Entlassung des technischen Generaldirektors und einer Anzahl Chefingenieure, und so kamen auch die Dillinger Werke unter französische Kontrolle.

Die Halberger Giebereien von Böding u. Cie. erlagen als nächste der Versuchung einer 60prozentigen französischen Beteiligung. Die Firma beschäftigt 3500 Mann. Ein kleinerer Besitz, die Stumm gehörigen Homburger Stahlwerke mit 1200 Arbeitern, folgten alsbald. Man darf wohl annehmen, daß ein anständiger Preis für die 60prozentige Beteiligung bei all diesen Werken bezahlt wurde, ein unter den gegebenen Umständen äußerst günstiger Preis. Es blieben noch zwei weitere große Stahlwerke zu bearbeiten, eines war die Burbacher Hütte in Saarbrücken. Aber da dieser Konzern französischen, belgischen und luxemburgischen Interessen dienste, mit Eisengruben in Lothringen, so waren die Bedingungen für eine erfolgreiche Veräußerung bereits erfüllt. Das andere waren die Rösching'schen Werke in Wülflingen.

Oberste französische Kontrolle.

Das französische Beginnen machte keineswegs Halt bei den Stahlwerken. Frankreichs industrieller Ehrgeiz war unerfüllt, und sein Kapital (für diesen Zweck) anscheinend unbegrenzt. Folgende Maschinenfabriken im Saargebiet wurden durch die Franzosen zu 60 Prozent erworben: Die Mannesmann Röhrenwerke mit 3000 Mann Belegschaft von der Société Métallurgique de Montbard Aulnoy; Ehrhardt u. Schmees (1200 Arbeiter) von der Elsassischen Maschinenfabrik in Mühlhausen; Dingler, Racher u. Cie., Fabrikanten von Eisenbahnmaterial, wurde der elsassischen Firma Dietrich übertragen; die Reguin Maschinenfabrik in Dillingen, Glasfensterwerke in Loussenthal und St. Ingbert, Eisenkonstruktionswerke von Seibert u. Cie. (400 Arbeiter), die Tafelglaswerke in Sulzbach (ungefähr 1000 Arbeiter), die Schraubenfabrik von Racher, Bosh u. Cie. in Bedingen und andere industrielle Unternehmungen sind alle unter französische Kontrolle gekommen. Ferner die bekannten Unternehmungen von Brown-Boveri mit etwa 800 Arbeitern, von Billerow u. Bosh mit 5000 Arbeitern. Die Behörden im Besitze der Eisenbahn und anderer öffentlicher Unternehmen im Bunde mit den Eigentümern der Gruben üben natürlich durch ihre Schutzherrschaft, Begünstigung und Bevorzugung einen entscheidenden Einfluß auf viele örtliche Unternehmungen aus. All dieses belagt, daß die überwiegende Mehrheit der industriellen Hilfsquellen im Saargebiet unter französischen Einfluß gebracht wurde durch Druck und Einschüchterung und Boykott mit der lothenden Aussicht des Wohllebens auf der anderen Seite. Die Befürchtungen Tardieus haben sich nicht verwirklicht. Die Einheitlichkeit ist aufrechterhalten worden. Die einzigen Werke, über die französischen Gesellschaften nicht Herr sind, sind die Wülflinger Eisen- und Stahlwerke, Eigentum der Familie Rösching, eine der ältesten Hierarchien des Saargebietes. Verhandlungen zum Zwecke der Erwerbung dieser Werke zerschlugen sich unter äußerst merkwürdigen Umständen, die darum beachtenswert sind, weil sie Bezug haben auf die gegenwärtige Politik.

Die Ausweisungspolitik der Regierungskommission.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung hat das hiesige Landgericht am 3. Oktober d. J. verkündet. Es handelt sich um eine Klage des früheren Bürgermeisters Krause gegen die Bürgermeisterei Uchtelfangen und die Gemeinde Wemmelweiler. Durch einen Erlaß der Regierungskommission vom 2. Dezember 1920 war der Kläger unter Entbindung von seinen Amtsgeschäften als Bürgermeister der Bürgermeisterei Uchtelfangen der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt worden. Die Bürgermeisterei Uchtelfangen hat ihm das Gehalt bis zum 31. März 1921 gezahlt, weitere Zahlungen jedoch verweigert. Sie stützt sich dabei auf den Einwand, daß der Kläger mit seiner Zurverfügungstellung durch einen staatlichen Hoheitsakt endgültig aus seinem Amte entlassen worden sei mit der gleichen Wirkung, als wenn diese Maßnahme in einem Disziplinarverfahren angeordnet worden wäre.

Hiergegen hat Bürgermeister Krause die Entscheidung des Kreisaußschusses in Ottweiler angerufen, der ihn mit keinem Anspruch auf weitere Gehaltszahlungen abwes. Auf die hiergegen erhobene Beschwerde entschied der Verwaltungsausschuß des Saargebietes am 7. März 1923, daß der Anspruch des Klägers dem Grunde nach anzuerkennen sei, daß ihm jedoch der Höhe nach nur das Gehalt nach den Sätzen zur Zeit seiner Entlassung zustehe.

Gegen dieses Erkenntnis hat Bürgermeister Krause Klage beim Landgericht erhoben und Zahlung des Gehaltes verlangt, wie er es beziehen würde, wenn er in seiner Stellung als Bürgermeister verblieben wäre. Die erste Zivilkammer des Landgerichts hat in ihrem Erkenntnis vom 3. Oktober 1923 den Anspruch des Klägers als dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Landgericht ist der Auffassung, daß die Regierungskommission auf Grund des § 19 der Anlage zu Abschnitt IV Teil 3 des Friedensvertrages nicht befugt gewesen sei, den Kläger abzuheben. Gemäß der angeführten Bestimmung habe die Regierungskommission im Saarbecken alle Regierungsbefugnisse, welche früher dem Deutschen Reich, Preußen oder Bayern zustanden, einschließlich des Rechtes Beamte zu ernennen und abzuheben. Diese Befugnisse seien jedoch nicht weitergehend, als sie in den auf die Regierungskommission übergegangenen Rechten der genannten Staaten enthalten gewesen seien. Dafür spreche der Gebrauch des Wortes „einschließlich“ und ferner die Erwägung, daß die vorher die Regierungsgewalt ausübenden Staaten nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nur soviel an Regierungsbefugnissen auf die Regierungskommission übertragen konnten, als ihnen selbst

zustand.

Das Maß dieser Rechte werde bestimmt durch den jeweiligen Stand von dem Gesetz und Verfassung. Hiernach aber habe zur Zeit des Ueberganges der Regierungsgewalt auf die Regierungskommission die Dienstentlassung eines Beamten gemäß § 11 des preussischen Disziplinargesetzes vom 27. Juli 1852 nur auf Grund eines förmlichen Disziplinarverfahrens erfolgen können. Wenn die Beklagte (die Gemeinde Uchtelfangen) behauptet, die Regierungskommission besitze das Recht der maßgeblichen Auslegung der einschläglichen Bestimmungen des Friedensvertrages, so sei es zwar richtig, daß ihr dieses Recht durch den § 33 u. a. O. zuerkannt ist, dem sei aber entgegengehalten, daß dieses Recht von allgemeinen Rechtsgrundsätzen von der Art des oben angeführten seine Grenze findet.

Deshalb hätte die Entlassung des Klägers nur auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens erfolgen können. Der Verfügung der Regierungskommission vom 2. Dezember 1920 komme deshalb zum mindesten nicht die Bedeutung und die Rechtswirkung einer regelrechten Dienstentlassung zu. Am allerwenigsten aber könne durch jene Maßnahmen das Recht des Klägers auf den Bezug seines Dienstentkommens in Frage gestellt werden. Das Landgericht sei auch der Auffassung, daß dem Kläger ein Anspruch auf Weiterzahlung des Gehaltes bis zur vollen Höhe der für diese Stelle ausgeworfenen Bezüge zustehe.

Unsere Postbezieher bitten wir, die Bestellung des „Saarfreund“ für den Monat Februar sofort bewirken zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Alle Briefträger und Postanstalten nehmen die Bestellung entgegen.

Der Bezugspreis beträgt monatlich 0,25 Goldmark ohne Bestellgeld.

Bei Bestellungen, welche nach dem 25. eines Monats, für den folgenden Monat bei der Post eingehen, erhöht sich das Bestellgeld, auch wenn die Bestellung durch den Verlag erfolgt, um 0,20 Goldmark.

Der Saarheimatdienst.

wie das französische Propagandablatt die Tätigkeit des „Saar-Vereins“ und des „Saar-Freund“ bezeichnet, verflucht nach der Behauptung dieses Lügenorgans über unermessliche Gelder, die ihm in unerschöpflichem Umfange natürlich von „staatlichen Stellen“ zufließen. Dieser „Geldüberfluß“ erklärt auch das unregelmäßige und eingeschränkte Erscheinen des „Saar-Freund“ — denn er hat jetzt große Sorge darüber, wie er diesen „Geldüberfluß“ unterbringen soll.

Schade, schade, daß der „Saarkurier“ seine Subventionen von gewissen amtlichen Stellen mit den unsrigen verwechselt. Seine amtlichen Quellen fließen allerdings ohne Unterbrechung in reichlichstem Maße, während wir diese amtlichen Quellen für uns noch nicht entdecken konnten. Wir müssen uns leider immer wieder

nach neuen Quellen

umsehen, die aber von den amtlichen sehr, sehr weit entfernt liegen, ihnen entquillt für uns kein Tropfen. Es zeigt sich eben auch hier die so viel genannte und viel bekräftigte deutsche amtliche Gewissenhaftigkeit, die es nicht zuläßt, daß für den „Saarheimatdienst“ Unterstützungen gezahlt werden, von wegen Friedensvertrag und so.

Wir müssen uns deshalb schon auf

unsere privaten Freunde und Gönner

verlassen, die nicht müde und nicht schwach werden dürfen mit dem Beisteuern für diesen von dem mit französischen Staatsmitteln subventionierten „Saarkurier“ bestgehaften Saarheimatdienst. Es sollten nicht nur immer die alten Spender sein, die unser Werk aufrecht erhalten, es müssen neue hinzukommen, damit wir möglichst bald wieder

zweimal im Monat

zum Aerger derer um Reinhard und Genossen unseren „Saar-Freund“ in die Welt hinauscheiden können.

Niemand sollte fehlen beim Wiederaufbau unserer Saarbeit; wenn alle mitarbeiten, dann muß das Werk gelingen.

Darum helfst alle mit, gebt schnell und reichlich

zum Besten unserer Saarheimat.

Saarländische Hilfe für die deutsche Not.

Im Saargebiet hat der Anruf zur Sammlung für die deutsche Not überall ein lebhaftes Echo gefunden trotz der von dem Organ für Westpropaganda eröffneten Hehe. Fast alle deutschen Zeitungen haben Sammlungen eingeleitet, die schon z. T. recht erhebliche Beträge aufzuweisen haben. Die Städte und Gemeinden haben in den meisten Fällen je nach ihrer Leistungsfähigkeit Beträge bereitgestellt; deutscher Handel und Gewerbe haben Sammlungen durchgeführt. So spricht aus diesen Zahlenreihen treuer Nothilfe am deutlichsten das Gefühl der Zusammengehörigkeit — „und in den schweren Zeiten nun erst recht!“

Ein großartiges Hilfswerk für hungernde und frierende deutsche Kinder ist vom Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt im Saargebiet unter Leitung von Pfarrer Limberg, Saarbrücken, eingeleitet worden. Aus Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Hamburg, Berlin, Magdeburg, Kassel und Darmstadt werden bis Ende dieses Monats 1200 bedürftige deutsche Kinder zur Erholung im Saargebiet eintreffen. Das Hilfswerk findet in allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung lebhafteste Anteilnahme. Weitere Kindertransporte werden folgen.

Zu den Wahlen zum Landesrat.

Für die am 27. Januar stattfindenden Wahlen zum Landesrat sind folgende sieben Kandidatenlisten eingereicht worden: 1. Sozialdemokratische Partei, bei der die fünf bisherigen Mitglieder des Landesrats an der Spitze stehen; 2. Kommunistische Partei, hier steht der Name Reinhardt an der Spitze, Hefgen ist von dieser Liste ausgeschlossen; 3. Deutscher Wirtschaftsbund (Vereinigung von Haus- und Grundbesitz) mit den Namen Schmoll und Kröll (Gutsbesitzer) an der Spitze; 4. Deutschnationale Volkspartei, die den Namen des Reichserzkanzlers Winter an der Spitze führt; 5. Deutsch-Saarländische Volkspartei mit den Namen Köhling und Schmeller an der Spitze; 6. Zentrumspartei und 7. Saarbund, der mit der „Saarländischen Wirtschaftspartei“ — der Bauernfängergruppe des französischen Gutsbesitzers Favler in Wallerfangen — eine gemeinsame Liste eingereicht hat. Im ganzen sind also sieben Parteilisten für die diesmalige Landesratswahl aufgestellt.

Lisbeth Dill!

Seit Monaten beobachten wir, daß sie in dem Rikert-Blatt ihre literarischen Erzeugnisse veröffentlichte, Erzeugnisse, die ganz auf den französischen Geschmack und auf die französische Moral zugeschnitten sind. Wir haben bisher dazu geschwiegen, weil wir annahmen, daß diese Beiträge auf dem Wege über ein literarisches Büro ihren Weg in die Spalten des französischen Feh- und Propagandaorgans genommen hätten. Unsere Annahme ist falsch. Lisbeth Dill erklärte in einem Schreiben an die „Saarbr. Ztg.“, die sich ebenfalls mit ihren eigenartigen literarischen Veröffentlichungen befaßt hatte, daß sie dem „Saarkurier“ Arbeiten zur Verfügung gestellt habe, sie habe diese Zustellungen jedoch eingestellt, nachdem sie die Tendenz des Blattes erkannt hätte. Der „Saarkurier“ erklärt nun gegenüber einer weiteren Bemerkung Lisbeth Dills, daß der „Saarkurier“ sich erlaubt habe, einige Beiträge aus anderen Blättern zu entnehmen, „er hätte noch nie eine Arbeit veröffentlicht, die die Schriftstellerin der Redaktion nicht selbst zur Verfügung gestellt habe.“ Da ist ein Widerspruch, Frau Lisbeth Dill. Aber nicht nur das! Sie veröffentlichte kürzlich eine Artikelserie in dem „Berliner Lokalanzeiger“, worin sie in feuilletonistischer Weise sich mit den Verhältnissen im Saargebiet befaßte. Dabei verglich sie das Saargebiet mit dem

„Schlaraffenland“.

in dem niemand mehr Schwarzbrot oder Margarine esse, niemand mehr Malzlatte trinke usw. Der unparteiische Leser mußte annehmen, das Saargebiet sei tatsächlich eine Art Schlaraffenland, wo Milch und Honig fließt. Es konnte nicht ausbleiben, daß Kenner der Verhältnisse das Berliner Blatt, das harmlos darauf hineingefallen war, über die wirkliche Lage an der Saar aufklärte und daß die Saarpresse sich mit diesen Dingen befaßte — nicht gerade in schmeichelehafter Weise für Lisbeth Dill. Man könnte annehmen, daß ihr hier ein Lapsus passiert sei. Doch schrieb sie fast zu gleicher Zeit in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über eine Weinreise durch die Pfalz, worin sie alles in Sonnenglanz und froher Laune sieht, selbst einen „Zuaven mit gutmütigem Kinn der gesicht!“ Das zu einer Zeit, wo die arme gequälte Pfalz die entsetzlichsten Leiden erduldet, die je vergewaltigter deutscher Boden sah, zu einer Zeit, als die doch wahrlich nicht kleinstmütige pfälzische Bevölkerung einen Hilferuf in alle Welt sendet, um sich ihrer Not und Leiden anzunehmen, wo sie verzweifelt fragt: „Deutsche Brüder und Schwestern, habt ihr uns denn ganz vergessen?“ In dieser Zeit veröffentlicht Lisbeth Dill ihre weinfrohen Bilder von der Pfalz!

Dem „Saarkurier“ war diese Verherrlichung des Saargebiets unter französischer Verwaltung ein gesundes Fressen. Dient Lisbeth Dill so ihrem Heimatland? Sie mag eine leidliche Schriftstellerin sein — eine Politikerin ist sie nicht, oder aber eine gefährliche. Deshalb sollte sie die Finger von der Politik lassen, wenn sie es gut mit ihrem Heimat- und Vaterland meint!

Ein Saardeutscher als Opfer eines saarländischen Spiegels im Ruhrgebiet. Am 24. Juni d. J. wurde von dem französischen Kriegsgericht in Essen der 23jährige Saardeutsche Gustav von Dettinger, Sohn des Fabrikanten Emil von Dettinger, Saarbrücken 3, Lessingstr. 20a, auf Grund vollkommen erfundener Zeugenaussagen eines saarländischen Spiegels, der entsprechend dafür bezahlt wird, wegen angeblicher Spionage zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, trotzdem mehrere Entlastungszeugen beides hatten, daß G. v. Dettinger sich niemals mit Spionage befaßt hatte, noch zu der angegebenen Zeit Spionage getrieben haben konnte. Der Verurteilte war auf der Durchreise durch das Ruhr- nach dem Saargebiet Mitte April in Essen nach Angabe des erwähnten Spiegels verhaftet und zwei Tage im dortigen Vereinshaus festgehalten und von französischen Kriminalbeamten mißhandelt worden. Trotzdem der französische Polizeidirektor in Saarbrücken, Adler, sich dahin geäußert hat, daß ihm Nachteiliges über Herrn von Dettinger nicht bekannt sei, wurde derselbe, nachdem er monatelang vorher im Zuchthaus zu Werden (Ruhr) bzw. im Gefängnis in Düsseldorf gelessen hatte, mit mehreren Kameraden zur Verbüßung der Strafe nach de Ré im Atlantischen Ozean verschifft. Bekanntlich waren auf den beiden dicht nebeneinander liegenden Inseln Oléron und Ré während des Krieges Strafgefangenenlager für deutsche Offiziere und Unteroffiziere.

Dr. Hector. Sicherem Vernehmen nach hat die Generalstaatsanwaltschaft das Verfahren gegen das ehemalige Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector wegen Meineids eingestellt. Redakteur Franke hat gegen diesen Einstellungsbefehl auf Grund des § 170 der Strafprozeßordnung Beschwerde beim Obersten Gericht in Saarlouis eingelegt, das nun darüber zu entscheiden hat, ob die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Dr. Hector erheben muß.

Das Saarland in Ketten.

Doch eine Völkerbundsenquete im Saargebiet?

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, wird in englischen Kreisen im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in der Pfalz wiederum der Stand der Dinge im Saargebiet eingehend besprochen. Von bestimmter Seite ist der Gedanke einer Untersuchung der Verhältnisse im Saargebiet durch den Völkerbund erneut aufgetaucht. Es ist nicht unmöglich, daß der ganze Komplex der separatistischen Bestrebungen Anlaß dazu geben wird, an den Völkerbund heranzutreten.

Zur letzten Tagung des Völkerbundsrates in Paris

Hatte sich bekanntlich auch wieder eine Delegation des Saarlandes nach Paris begeben. Ein Teilnehmer gibt über den Pariser Aufenthalt dieser Delegation seine Eindrücke in der „Saar-Zeitung“ wieder. Als erste Feststellung konnte die Delegation vorbringen, daß sie von der ersten Stunde ihres Aufenthaltes in Paris an von französischen Geheimpolizisten beobachtet wurde, ein Zeichen dafür, daß die oberste Polizeiverwaltung in Saarbrücken ihre Aufmerksamkeit auf die Minne genau signalisierte und wahrscheinlich auch entsprechende Winke gegeben hatte. Die Geheimpolizei blieb ihr auf dem Wege nach dem Hotel auf den Fersen und folgte ihr dann auf einem Abendgang in das Haus eines Saarländers, der in Paris wohnt. Auch während der übrigen Tage konnte die Delegation beobachten, daß der auf dem von der Regierungskommission für die Auslandsreise ausgestelltem Paß verzeichnete Passus:

„Nur für Saarländer als Schutzbefohlene Frankreichs“

nicht leere Worte sind, sondern daß Herr Kault und Herr Adler es mit diesem „Schutz von Saarländern“ in Frankreich sehr ernst nehmen, so hatten von der französischen Regierung eine regelrechte „Schutzwache“ von französischen Kriminalbeamten für die Saardelegation erwirkt.

Die Delegation traf bereits am ersten Tage mit Präsident Kault zusammen, der in freundlicher Weise jeden Herrn der Delegation durch Handdruck begrüßte. Es blieb aber bei dieser Begrüßung. Ein Meinungsaustausch über die Fragen, die alle gemeinsam berühren, kam begreiflicherweise nicht zustande. Man sah Herrn Kault mehrmals sich mit dem Vertreter Frankreichs, Herrn Hanotaux unterhalten, während Unterhaltungen mit anderen Mitgliedern des Rates und mit leitenden Beamten des Völkerbundes nicht beobachtet wurden. Neben Herrn Kault sah man aus dem Saargebiet nur noch seinen Übersetzer.

Es ist für die Delegation gewiß demütigend, daß es ihr nicht, wie z. B. dem Vertreter der Stadt Danzig, möglich ist, ihre Angelegenheit persönlich dem Rat vorzutragen. Jeder dahin zielende Versuch würde aber sofort auf den Widerstand des Vertreters Frankreichs und seiner Anhänger stoßen.

Fast jede Tagung des Rates,

die Fragen des Saargebietes

zu erledigen hatte. Ist bisher unter irgendwelchen außenpolitischen Ereignissen. Auch in diese Ratstagung spielten Ereignisse hinein, die der breiten Öffentlichkeit verborgen bleiben. Für das Saargebiet und seine Bevölkerung ist notwendig, die Aufmerksamkeit aller Staaten, die Vertreter zum Völkerbundsrat entsenden und darüber hinaus auch die Mitglieder des Völkerbundes auf die Vorgänge im Saargebiet zu lenken. Ein kluger Berater, der bereits mehrmals gute Ratschläge, die ehrlich gemeint waren, erteilte, sagte auf eine Anfrage, ob der Landesrat nicht etwas zu scharf vorgehe: „Nein, im Gegenteil,

Sie müssen sehr laut schreien,

denn Euer Vater, der Völkerbund, und sein Beauftragter, der Rat ist nicht nur sehr weit von Euch entfernt, sondern auch etwas schwerhörig. Ihr kämpft im Saargebiet für die Ideale des Völkerbundes, denn Ihr wollt doch nur, daß aus dem Saargebiet, das bisher wie eine französische Kolonie verwaltet wurde, ein wirkliches Völkerbundsgebiet wird.“

Es hat wohl keine Eingabe der politischen Parteien an maßgebenden Stellen eine solche Wirkung gezeigt, wie diejenige über die französischen Schulen und den Einfluß der französischen Beamten in der Verwaltung des Saargebietes. Wenn auch die Fortschritte, die die Vertreter des Saargebietes beim Völkerbund erzielten, als gering erscheinen könnten und der Fortschritt ein langsamer sei, so dürften die Schwierigkeiten, mit denen der Rat selbst zu kämpfen hat, nicht unterschätzt werden. Die Methode der Regierungskommission, mit Material und Zeitungsausschnitten gegen Vertreter der Bevölkerung zu kämpfen, versange nicht sehr.

Die hier mitgeteilten Beobachtungen über das Drum und Dran der Völkerbundsratsitzung sind nach mehr als einer Seite lehrreich. Es hat sich auch hier wieder erwiesen, wie notwendig es ist, daß beauftragte Vertreter der Saargebietsbevölkerung jede

Möglichkeit benutzen, um die Völkerbundsratsmitglieder über die wahre Stimmung der Saargebietsbevölkerung aufzuklären. Herr Kault ist außerordentlich geschäftig, die Schleier über das Saargebiet möglichst dicht zu ziehen. Auf der anderen Seite beweist gerade diese raffiniert verschlagene Politik dieses „Völkerbundes“ Beauftragten, wie sehr sich jeder verantwortliche Deutsche und jede verantwortliche deutsche Partei im Saargebiet jeglichen Schritt, den sie unternehmen, doppelt und dreifach überlegen, da Herr Kault

jede Unbedachtsamkeit politisch auszuwerten versteht.

Davon ein treffendes Beispiel:

Die beiden letzten Eingaben, die die politischen Parteien an den Völkerbund in Genf gerichtet hatten, betr. den Protest gegen das Vordringen des französischen Einflusses in der Regierungskommission und gegen die Einschränkung des freien Durchfahrtsrechtes der Saargebietsbewohner durch das besetzte Gebiet, waren von der sozialdemokratischen Partei nicht mit unterzeichnet worden. In einer Erklärung der sozialdemokratischen Partei in der „Volksstimme“ war diese Tatsache begründet worden u. a. damit, „daß in der letzten Zeit Art und Weise und bestimmte Tendenzen der gelegentlichen Zusammenarbeit der Parteien des Saargebietes derart gewesen seien, daß sie dem einzigen Ziele dieser Arbeit nicht dienlich sind.“ Es wurde nicht für opportun gehalten, vorläufig näher auf die weiteren Gründe öffentlich einzugehen. Wir haben nicht die Aufgabe, hier zu untersuchen oder zu kritisieren, ob die angebotenen Gründe schwerwiegend genug waren, um mit einer solchen geheimnisvoll klingenden Erklärung die Öffentlichkeit und — die Regierungskommission darauf zu lenken, daß in der interparteilichen Zusammenarbeit eine Verärgerung eingetreten war. Jedenfalls hat diese Andeutung Herrn Kault bereits genügt, um

aus dieser nebensächlichen Verstimmung politische Vorteile zu ziehen!

Er sandte nämlich unterm 6. Dezember 1923 folgendes Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes:

Ich habe die Ehre gehabt, Ihnen gleich nach Empfang eines Denkschrift gewisser politischer Parteien, die im Landesrat vertreten sind, betitelt: „Das Vordringen Frankreichs in der Saargebietskommission“ zu übersenden. Diese politischen Parteien waren: 1. die Zentrums-Partei, 2. die Liberale Volks-Partei, 3. die Demokratische Partei; die letztere besitzt im Landesrat nur einen einzigen Abgeordneten: Herr Dr. Scheuer.

1 Anlage.

Mit Rücksicht auf die in Kürze am 10. Dezember stattfindende Ratssitzung hatte ich geglaubt, Ihnen die vorerwähnte Denkschrift ohne den Zusammentritt der Regierungskommission abzuwarten, der am 5. Dezember stattfinden sollte, übersenden zu müssen. Im Laufe dieser Sitzung hat die Regierungskommission, nachdem sie den Inhalt meines Briefes gebilligt sowie die Denkschrift geprüft hatte, entschieden, daß es nur nötig sei, Ihnen zur Mitteilung an den Rat einen kurzen Protest der vereinigten sozialdemokratischen Partei einzuhandigen, der in dem Organ dieser Partei am 1. Dezember 1923, nämlich der „Volksstimme“, veröffentlicht worden ist.

Die vereinigte sozialdemokratische Partei des Saargebietes legt in dieser Veröffentlichung die Gründe dar, warum sie glaubte, die vorerwähnte Denkschrift nicht unterzeichnen zu können und billigt im allgemeinen die Haltung der drei politischen Parteien, die die Denkschrift unterzeichneten, nicht.

Dieses Schreiben ging in Abschrift mit dem Auszug aus der fraglichen Erklärung der „Volksstimme“ sämtlichen Ratsmitgliedern zu. Es ist gut, daß die Saardelegation persönlich die notwendige Aufklärung geben konnte, gehörten ihr doch an die Herren Karius (Zentrum), Schmeller (Liberale Volks-Partei), Behr (Sozialdemokratische Partei), Dr. Scheuer (Demokrat).

Der Versuch des Herrn Kault, den Ratsmitgliedern zu suggerieren, als stünden hinter den Denkschriften nur drei fast unbekannte Parteien, während die übrigen die Verwaltungstätigkeit der Regierungskommission billigen, konnte dadurch sofort zunichte gemacht werden — eine überflüssige verfehlte Taktik bedeutet das Schmolzen der sozialdemokratischen Partei auf jeden Fall. Es ist daher zu unterstreichen und zu beherzigen, was damals die „Saarbr. Ztg.“ schrieb: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie notwendig die Erhaltung der politischen Einheitsfront zur Verteidigung der Rechte des Saargebietes ist, so bewiese es der Versuch der Saarregierung, die Zersplitterung zu fördern. Wer weiß, wie oft nicht schon die Regierung abgeleitete Gruppierungen dazu gebraucht hat, um in Genf oder anderwärts ihre Maßnahmen zu bedeu-

Ein Tischbe als Schiedsrichter.

Zwischen der Stadt Saarbrücken und der Saarland-Lothringischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft schwebt zurzeit ein Schiedsgerichtsverfahren wegen der Schäden aus der Zeit des Bergarbeiterstreiks. Diese Gesellschaft wurde bekanntlich unter dem Druck der französischen Grubenverwaltung gegründet, weil die französischen Saargruben sich weigerten, Strom an eine rein deutsche Gesellschaft abzugeben. Während des Streiks stellte diese Gesellschaft in ihrer Abhängigkeit von den Saargruben die Stromlieferung ein, obwohl er hätte geliefert werden können, wenn die Saargruben nicht auf dem Wege der Stromsperrung einen Druck auf die streikenden Bergleute hätten ausüben wollen. Der Versuch mißglückte bekanntlich, weil die gesamte Bevölkerung hinter den streikenden Bergleuten stand. Die Stadt Saarbrücken machte jedoch die L. S. E. für die entstandenen Schäden verantwortlich. In dem hierfür in Betracht kommenden Vertrag zwischen der Stadt und der L. S. E. war für den Fall, daß die von den beiden Parteien ernannten Schiedsrichter zu einer Einigung über den zu ernennenden Obmann nicht kommen sollten, diese Ernennung dem jeweiligen Präsidenten des Landgerichtes Saarbrücken übertragen worden; selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß hierfür nur ein deutscher saarländischer Jurist in Frage käme. Man kann sich daher das Erstaunen unserer Stadtverwaltung vorstellen, als ihr am 27. 12. 23 ein Schreiben zugeing, in dem es heißt:

In der Schiedsgerichtssache der Stadt Saarbrücken gegen die Saarland-Lothringische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zu Saarbrücken wird, nachdem eine Einigung über die Ernennung des Obmannes des Schiedsgerichtes zwischen den von den Parteien ernannten Schiedsrichtern, dem Herrn Landgerichtsrat Klein zu Saarbrücken, und dem Herrn Präsidenten Fleurant zu Straßburg nicht erzielt worden ist, auf Grund des § 13, Nr. 1, des zwischen den Parteien abgeschlossenen Vertrages vom 10. Juni 1922 von mir der Herr Obergerichtsrat Dr. Bezensky zu Saarlouis zum Obmann des Schiedsgerichts bestimmt.

Der Landgerichtspräsident.
gez. Magnus.
gez. Schug, Aktuar.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ bemerkt hierzu: Herr Landgerichtspräsident Magnus hat somit unter den sämtlichen deutschen saarländischen Juristen auch nicht einen einzigen für geeignet erachtet, als Obmann in dem Schiedsgerichtsverfahren zwischen der Stadt und der L. S. E. zu fungieren. Dafür kommt seiner Meinung nach nur ein Tischbe in Betracht. Für diese Wertschätzung ihrer Tüchtigkeit werden unsere heimischen Juristen sicher dem Herrn Landgerichtspräsidenten ihre Anerkennung nicht verlagen.

Aus einem Schreiben des Landgerichtsrats Klein an die Saarpresse geht allerdings hervor, daß eine andere Wahl nicht übrig blieb, nachdem die von den beiden Gegenseiten vorgeschlagenen Herren Obergerichtsräte Metzger und Kreusel gegenseitig abgelehnt worden waren. Immerhin zeigt dieser Vorgang, welchen Einfluß die Saargebietsregelung durch das Versailler Diktat auch auf die Rechtspflege ausüben muß, die in letzter Instanz im Saargebiet ausschlaggebend von Ausländern gegen Deutsche in Anwendung kommt. Daß diese

Ausländerfrage

im Saargebiet neben mancherlei politischen Nebenwirkungen auch die erheblicher finanzieller Mehrbelastung nach sich ziehen muß, ist schon wiederholt erwähnt worden. Besonders die vielen französischen Beamten in der Zentralverwaltung belasten die saarländischen Steuerzahler in drückender Weise. Neuerdings haben die Beamten der Zentralverwaltung, die Einzelgehälter beziehen, also über 3000 Franken monatlich, einmalig 3000 Franken und mehr in Form einer Nachzahlung erhalten. Wie stimmt das zu der ungünstigen Finanzlage und dem Hinweis, mit welchem die Regierungskommission bisher eine angemessene Aufbesserung der Beamtengehälter ablehnt?

Von den Gratifikationen werden fast ausschließlich französische Beamte betroffen, während die Leidtragenden der abgelehnten Aufbesserung fast nur Deutsche sind. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß die Deutschen ganz von begünstigten Stellungen ausgeschlossen bleiben. Es fragt sich nur, welcher Art diese Herren sind. So wurde Oberregierungsrat Dr. Lemmerz, früherer Amtsrichter am Amtsgericht Tholey und vom April 1920 ab in der Wohlfahrtsabteilung der Regierungskommission tätig, zum Oberichter beim Obersten Gerichtshof des Saargebietes als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Oberrichters Kreusel berufen. An seine Stelle ist in die Wohlfahrtsabteilung der bisherige Bürgermeister von Homburg, Dr. Glaser, berufen worden. — Dr. Glaser, der nach dem Ergebnis der letzten Stadtverordnetenwahlen in Homburg seinen Bürgermeisterstuhl verlor, wird nunmehr emporklettert auf den kurullischen Sessel eines Oberregierungsrates im Dezernat des damals von ihm so unerwartet und geschmacklos angebotenen Ministers Land. Es geht nichts über die ministerielle Dankbarkeit, die sich heute milde herntederst auf die Haupt des ohnedies schon um die Saarregierung so außerordentlich verdienten Bürgermeisters Glaser.

Man bringt man z. B. mit dem Aufenthaltsverbot von drei angelegenen Homburger Bürgern durch die Rheinlandkommission in Zusammenhang. Man sieht also, daß man in der Regierungskommission gewisse „Verdienste“ zu würdigen weiß.

Die Zusammenhänge des saarländischen „Separatismus“ mit dem pfälzischen Banditenregime

sind schon mehrfach erwähnt worden.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ soll an einer in Düren unter dem Vorsitz des dortigen französischen Kreisbelegierten Barons de Lamy stattgehabten separatistischen Konferenz neben dem sauberen Herrn Dorten auch Dr. Hector, der sogenannte saarländische Reichsminister, teilgenommen haben. Sollte sich diese Mitteilung bewahrheiten, so würde sie im Saargebiet kaum noch jemand überraschen. Dieser neue Latendrang des verflochtenen Saarministers mit dem eigentümlichen Eid läge in der Richtung, die der anständige Deutsche im Saargebiet bei Hectors Ministerialität verachten gelernt hat.

Sie würde auch nur bestätigen, was das Sprichwort sagt: gleich und gleich gesellt sich gern. Und der Vertreter der „Times“ hatte bei seinem Besuch der „Separatisten“ in Krefeld bekanntlich festgestellt, daß sich unter all den Leuten dieser Gesellschaft „nicht ein ehrliches, vertrauenerweckendes Gesicht“ befunden habe. Und was die Teilnahme Hectors an einer Besprechung mit Dorten angeht, so ist darauf zu verweisen, daß nach einer Mitteilung eines Dortenschen Vertreters, des „Regierungskommissars“ Schulte aus Kreuznach, in einer Versammlung in Kaiserslautern Dorten beabsichtige, die „Pfalzrepublik“ weiter auszudehnen. Und im Plane des Generals de Weh und des Majors Richert liegt es bekanntlich, die Pfalz, Rheinhessen, das Saargebiet und einen Teil Lothringens zu einem besonderen Rheinstaat im Rahmen Frankreichs zu gestalten. Also die Anwesenheit Hectors in Düren liegt durchaus im Rahmen der von gewissen französischen Loslösungspolitikern betriebenen Politik, wozu die entsprechenden Propagandagelder in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Zu diesem Zweck wurde auch

die französische Subvention für den „Neuen Saarlurier“

erheblich erhöht, nachdem die bisher gezahlten 15 000 Franken monatlich sich bei weitem als unzureichend erwiesen haben. Der Redaktionsstab ist um eine Kreatur verstärkt worden. Wir lesen darüber in der „Saarbr. Ztg.“: Das noble Organ für französische Annexionspolitik in der Parallelschraube ist als Sammelpunkt von Leuten bekannt, deren Laufbahn die mannigfaltigsten Krümmungen aufweist. So ist dort plötzlich Herr Redaktionslehrling Gebelein aufgetaucht, der mit Schwung aus der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ hinaus- und gerade in die Redaktionsstube des Winkelblättchens hineingeflogen ist. Er ist dabei gerade in der Abteilung für Politik (d. h. in der Hehwerkstätte gegen die Deutschen im Saargebiet) gelandet, was bei dem dort herrschenden Ueberfluß an Mangel geeigneter Köpfe eigentlich kein Wunder ist. Herr Redaktionslehrling und politischer Redakteur Gebelein lassen nun verlautbaren, daß er freiwillig von seinen früheren Genossen geschieden sei, weil schwerwiegende politische und persönliche Streitigkeiten ihn zu diesem Schritt veranlaßt hätten. Wie dem auch sei, entweder war er kein richtiger „Genosse“ nicht, was so etwas wie eine Wahlade aussehen würde, oder aber Herr Redaktionslehrling Gebelein und der „Saarlurier“ haben entdeckt, daß Charakterabnormitäten ganz gut zusammenpassen und in der Redaktionsstube des „Saarlurier“ zur herrlichsten Blüte entwickelt werden können. Ob Herr Lehrling Gebelein, unter dessen Regide die „Arbeiterzeitung“ recht kräftig gegen das Franzosenblatt in der Parallelschraube wetterte, nun der „Arbeiterzeitung“ die Leviten lesen wird, vermögen wir nur zu ahnen, immerhin: vor den düstigen Blüten seiner „Politik“ wird man sicher die Nase zuhalten müssen.

Und was dieser Herr Gebelein, „verantwortlich für Politik“, bereits in seinem neuen Wirkungskreis an Beludelung des Deutschtums, an Verleugnung seiner eigenen deutschen Herkunft und Niederträchtigkeiten gegen sein ehemals deutsches Vaterland geleistet hat, das bringt eben nur ein deutscher Charakterlump fertig, der sich nicht entblödet, den Verrat am Vaterland, den Judasverrat in einem ganzen Leitartikel zu verherrlichen. Man erkennt daraus, daß die Franzosen keine andere Möglichkeit sehen, im Saargebiet voranzukommen; auf den Endbank aber für diese Lumpendienste sind wir denn doch gespannt! In diesem Blatt ist überhaupt alles vertreten, was im armen deutschen Vaterland an Verräterkreaturen aufzutreiben ist. Der soeben vom Reichsgericht wegen Landesverrat und Fehlleistungen zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilte frühere „Redakteur“ Heinrich Wandt war selbstverständlich lange Zeit regelmäßiger Mitarbeiter des Saarbrücker Franzosenblattes.

In einer Stadtverordnetenversammlung in Neunkirchen sah man sich veranlaßt, sich mit der

Kampfesweise dieses sauberen Organs für französische „Kultur“

zu beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion brachte eine Erklärung zur Verlesung, in der es u. a. heißt, daß es die sozialdemokratische Fraktion des Neunkircher Stadtrats unter ihrer Würde hält, auf die Unterstellungen, Verdrehungen und die gemeinen, dem elementarsten journalistischen Anstand zuwiderlaufenden Anpöbelungen des Westpropagandaorgans im einzelnen Antwort zu geben. Sie erblickt in dem wüsten Geschimpfe des Gegners nicht nur ein Eingeständnis der absoluten inneren Schwäche seiner auf Gewaltpolitik und Auslandsgeld aufgebauten Position, sondern zugleich auch einen für die Zustände im Saargebiet bezeichnenden erpresserischen Versuch, einen Beamten an der rechtmäßigen und pflichtgemäßen öffentlichen politischen Meinungsäußerung und Tätigkeit zu verhindern. Die BVP-Fraktion ist der Ansicht, daß im Saargebiet niemand weniger Recht hat, den schweigenden politischen Moralprediger und den Kritiker bzw. Richter in politischen Gestaltungsfragen zu spielen, als das in Rede stehende Blatt, welches doch lediglich dazu dienen will, die Saargebietsbevölkerung zur Gesinnungslosigkeit und zum Verrat an ihrem deutschen Volkstum und Vaterland zu erziehen. In dem Maße wie die BVP und ihre hiesige Fraktion sich frei fühlen von Nationalismus und Hurrapatriotismus, in dem Maße, wie wir stets bestrebt sind, mitzuwirken am Werk des Völkerverständens und der Völkerverständigung, in dem Maße werden wir auch weiterhin jede imperialistische, militaristische, annexionsistische Gewaltpolitik und alle in diesem Dienste stehenden Werkzeuge, gesinnungslosen Handlanger und gefausten Spieße bekämpfen. Stadtv. Dr. Grein teilte noch mit, daß der frühere Vertreter des „Saarkurier“ in Wiebelskirchen, Herr Maschke, ihn in seiner Wohnung aufgesucht und ihn in einer einstündigen Unterredung zur Mitarbeit am „Saarkurier“ zu gewinnen versucht habe. Maschke habe dabei ausdrücklich erklärt, er komme im Auftrage des Herrn Schaal, dessen Besuch er zudem in Aussicht gestellt habe. Er (Dr. Gr.) habe M. jedoch darauf telephonisch erklärt, daß jeder weitere Besuch und Versuch in dieser Angelegenheit zwecklos sei. Mit diesen Feststellungen wolle er sich für heute begnügen.

Einen geharnischten Einspruch

gegen die Art der Verteilung der Frankenspende

der Regierungskommission sagte der Gemeinderat von Bedingungen in einer dringlichen Sitzung. Die Regierungskommission hat,

wie überall, so auch dort, die Vorschläge der Fürsorgekommission sowie des Beirats des Kreises über die Verteilung der Spende einfach über den Haufen geworfen und nach ihrem eigenen Gutdünken die Beträge verteilt. Wie in den übrigen Gemeinden des Saargebiets sind dabei die wirklich Bedürftigen und Notleidenden ausgeschaltet worden. Das Verfahren der Regierungskommission hat in den Gemeindevertretungen begreiflicherweise starke Erregung hervorgerufen. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wird u. a. gesagt: Man hat seitens der Regierungskommission eine Streichung von 18 Fragebogen vorgenommen und einen überhaupt nicht beantwortet. Das im Saargebiet sich noch immer vertragswidrig aufhaltende Militär hat

einen neuen Mord

auf dem Gewissen. In einer Wirtschaft in Sulzbach kam es am 18. Dezember, abends, zu Streitigkeiten zwischen französischem Militär und Zivilisten, die sich später auf der Straße fortsetzten. Im Vorraum des Bahnhofes fielen Schüsse, die ein Soldat aus einem Revolver auf die Menschenmenge abgefeuert hatte, die sich inzwischen angesammelt. Ein Mann, der Bergmann Müller, Vater dreier Kinder, wurde durch Herzschuß getötet, ein anderer wurde schwer verletzt. Die beiden in Frage kommenden französischen Sergeanten wurden in Haft genommen. Die Untersuchung des Unglücksfalles hat ergeben, daß beide Sergeanten schon öfters Zusammenstöße in Wirtschaften hatten. Die friedliebende Bevölkerung verhielt sich jedoch zurückhaltend, so daß es bisher nicht zu Tätlichkeiten kam. Dem in der Kaserne in Sulzbach untergebrachten Militär wurde der Besuch der Wirtschaften auf acht Tage verboten. Der Schwerverletzte mußte operiert werden. Die zwischen den Rippen befindliche Kugel konnte dabei entfernt werden, die Lebensgefahr ist beseitigt.

Man hat nichts vernommen, was die Regierungskommission getan hat, um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Zukunft vor den Ausschreitungen französischer Soldaten zu schützen; die Sicherheit der Bevölkerung, soweit es sich um Deutsche handelt, ist ja dem Herrn Präsidenten Kautz fürchtbar schnuppe, sonst wäre er längst gegen die französischen Kaufbolde mit und ohne Uniform eingeschritten und hätte vor allem vertragsmäßige Zustände geschaffen. Es ist leider zu befürchten, daß eine Entschädigung der Hinterbliebenen des ermordeten Bergmanns genau so verweigert werden wird wie im Falle Jennewein.

Wurben indur zuoni uniu Lufur!

Kleine Tageschronik.

Der Dampfer „Saarbrücken“

des Norddeutschen Lloyd hat schon vor einigen Wochen seine erste Ostasienreise angetreten. Das von der Stadt Saarbrücken für diesen Dampfer gestiftete Batengeschenk in Gestalt eines von dem Berliner Maler Professor Slevogt geschaffenen Gemäldes mit einem Ausschnitt aus Alt-Saarbrücken ist inzwischen in Bremen beim Norddeutschen Lloyd eingetroffen. In einem Schreiben des Generaldirektors Stimming an die Stadtverwaltung Saarbrücken spricht dieser im Namen des Norddeutschen Lloyd seinen Dank und seine Anerkennung aus für das künstlerisch vollendete und außerst wirksame Gemälde, das den Dampfer zieren und auf dem Dampfer die Verbindung mit der Stadt, deren Namen das Schiff trägt, aufrechterhalten soll.

Saarbrücken. Mehrere Saarbrücker Künstler haben beschlossen, unter Mitwirkung interessierter Finanzkreise eine Kunsthalle zu bauen. Ein Bauplatz wurde in der Richard-Wagner-Straße, gegenüber der Rotenberg-Schule, leihweise überlassen. Gedacht ist ein Hallenbau mit großem Oberlicht, mit einer Grundfläche von 12×15 Meter. Geplant ist eine A.-G., an welcher sich die Künstler, da sie Vorrangsatien bekommen werden, beteiligen können. — Die Bevölkerungszahl Saarbrückens betrug Ende November 121 419 gegen 120 613 zu Anfang des Monats. Der Geburtenüberschuß betrug in diesem Monat 123, die Zahl der Mehrgugezogenen 683. — Nach dem Jahresbericht der Kreisparlamente Saarbrücken für 1922 betrugen die Spareinlagen 944 309 M. und 397 800 000 M. Insgesamt wurden 5281 neue Sparbücher ausgegeben. Auf den Kopf des Sparerers entfallen im Durchschnitt 7779 M. Spareinlagen. — Ein Schuhmacher in Burbach versuchte seine Wohnung in Brand zu setzen. Die Tat wurde durch die Ehefrau des Hausbewohners vereitelt, die durch den Qualm aus dem Schlafe erwachte. Der Mann wurde festgenommen.

Großrosseln. Der Bergmann Weiland unterhielt mit der Frau des Bergmanns Beder ein sträfliches Verhältnis. Bei einem Zusammenstoß der beiden Männer, den W. grundlos veranlaßte, erschoss Beder seinen Widersacher, der übrigens wegen eines im vergangenen Jahre verübten Mordes strafrechtlich verfolgt wurde. Beder stellte sich freiwillig und wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Herrensohr-Jägerfreude. Für unseren Ort wurde ein Volkshilfsverein gegründet, der bereits mit erfolgreichen Darbietungen an die Öffentlichkeit trat.

Dubweiler. Nach mehrmonatlichem schweren Leiden, das er sich im letzten Feldzuge zugezogen hatte, verschied hier Kaufmann Franz Kollmannsperger, eine in der gesamten Bürgerschaft bekannte Persönlichkeit. Er war ein aufrechter Katholik und treuer Zentrumsman. Früher bekleidete er mehrere Jahre das Amt des ersten Vorsitzenden des Saargebietes der Militärvereine.

Sulzbach. Die Einwohnerzahl der Bürgermeisterei Sulzbach hat mit dem Eintritt in das Jahr 1924 23 000 überschritten. — Der Klosterneubau in der Wilhelmstraße schreitet rüstig fort. Der Rohbau ist fertiggestellt, so daß mit dem inneren Ausbau begonnen werden kann.

Altenwald. Hier fiel ein etwa 1-jähriges Kind aus der Wiege in eine Bütte mit heißem Wasser und verbrannte sich derart, daß der Tod eintrat.

Neunkirchen. Bevölkerungsbewegung im Monat Dezember. Stand Ende November 39 590, Geburten im Dezember 91, Sterbefälle 40 (davon 3 Ortsfremde), zugezogen 242, fortgezogen 129, nahme 113, Gesamtzunahme 161, Stand Ende Dezember 39 754 (19 666 männlich, 20 088 weiblich).

Der Forstbeamte Röber von hier hatte am ersten Feiertag, morgens gegen 7 Uhr, im Bildhauer Walde einen Zusammenstoß mit zwei Wilderern. Da sich die beiden nicht ergaben und auch der Aufforderung „Waffen nieder“ nicht nach-

samen, sondern gegen den Forstbeamten vorgegangen, machte dieser von der Schusswaffe Gebrauch und schoß den einen Wilderer — einen Bergmann aus Bildstod — nieder, während der andere die Flucht ergriff.

St. Wendel. Es ist beabsichtigt, auf dem Gelände der ehemaligen Gerberei des verstorbenen Heinrich Paquis an den unteren Gerbhäusern eine Schuhfabrik zu errichten.

Wellesweiler. Das vierjährige Söhnchen eines Bergmanns von hier fiel in einen Topf, der mit heißem Wasser gefüllt war. Das schwer verbrühte Kind wurde ins Krankenhaus gebracht, wo es nach 24stündigem schwerem Leiden starb.

Saarlouis. Dem Antrag der Stadtverordneten auf Ueberlassung von Kasernen und sonstigen militärischen Gebäuden ist insofern stattgegeben, als sie einen Teil eines — Stalles der Hohendorff-Kaserne zur Verfügung stellen will. Die übrigen Kasernen und Gebäude werden auch weiterhin von dem im Saargebiet sich unberechtigt aufhaltenden französischen Militär verwendet, und zwar zur Produktion des — berühmt gewordenen Stallmistes des Herrn Wagner-Picard.

Wabern. Beim Robeln tödlich verunglückt ist der 20 Jahre alte Johann Frey aus Wabroben, der einen steilen Berg herunterfuhr und mit dem Schlitten gegen einen Baum rannte.

Ueberherrn. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Kalt- und Zementwerk Ueberherrn. Der 48 Jahre alte Meister Matth. Johannes wurde von einem Transportfahel überfahren und so schwer verletzt, daß er gestorben ist.

Kerpenich-Hemmersdorf. Bei einem Einbruch im Pfarrhause stießen den Tatern Bettwäsche und Wein in die Hände.

Dillingen. Bei dem Rangieren auf der Dillinger Hütte verunglückte durch Zusammenstoß zweier Güterzüge der Rangierer Walter aus Saarhölzbach. Er zog sich innerliche Quetschungen zu, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Merzig. Im Saargebiet waren in der Neujahrsnacht leichte Wellen eines Erdbebens bemerkbar, das deutlicher in der Trierer Gegend verspürt wurde. Aus verschiedenen Ortschaften werden Fälle gemeldet, wo z. B. Möbelschilde sich verschoben, Porzellan- sachen von den Schränken fielen, ja sogar Leute aus dem Bett gefallen sind. Dieses Erdbeben dauerte nur einzelne Sekunden und machte sich besonders durch ein dumpfes Rollen, als wäre eine Explosion entstanden, bemerkbar. Am ganzen Saargau von Hülbringen bis Saarhölzbach wurde das Erdbeben verspürt.

Die Schüler der obersten Klasse der Landesstudienanstalt verließen vormittags 10 Uhr die Klasse und streikten. Als Grund zu ihrem Vorgehen gaben sie an, der Unterrichtsstaat sei zu kalt, mehrfache Beschwerden seien vergeblich gewesen. Das eigenmächtige Vorgehen der Schüler ist auf alle Fälle zu verurteilen.

Homburg. Wie die Saarbrücker „Volkstimme“ mitteilt, steht eine Veränderung im Zeitungswesen in Homburg bevor. Die beiden Konkurrenzblätter „Homburger Ztg.“ und „Homburger Neueste Nachrichten“ sollen zu einem Blatt zusammengelegt werden. Dies würde das Eingehen der „Homburger Zeitung“ bedeuten. Als Redakteur des neuen rechtsgerichteten Blattes wird Dr. Hilgers, bisheriger Redakteur der „Homburger Zeitung“, genannt.

Mittelbergbach. Am 11. d. M. fand der Bergmann Jakob Burthardt von hier beim Ausbessern des Bergbachbettes an der ersten kleinen Bahnbrücke in der Nähe des Gaswerkes die Leiche einer fremden Frauensperson im Wasser liegen, in der eine gewisse Frau Drehscher aus dem benachbarten Wellesweiler festgestellt wurde. Wahrscheinlich ist sie in der Dunkelheit an der steilen Stelle des Dammes infolge des Glätteises ausgerutscht und über das Brücklein hinab in den Bergbach gestürzt und ertrunken.

Personalnachrichten.

Generalleutnant Conrad v. Schubert †.

Generalleutnant a. D. Conrad v. Schubert ist im 77. Jahre seines arbeitsreichen Lebens in Berlin gestorben. Er hat nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst eine gewisse Rolle im politischen Leben des Saargebietes gespielt. Als Schwiegerohn des verstorbenen Herrn Ferdinand v. Stumm trat er mit dem Saargebiet schon Anfang der achtziger Jahre in nähere Beziehungen. Im Jahre 1903 wurde er als Kandidat der nationalliberalen Partei zum Preussischen Landtag gewählt, wo er den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel bis zur Revolution vertrat. Auch dem Reichstag gehörte er von 1907 bis 1911 an. Als parlamentarischer Vertreter hat er die Interessen des Saargebietes stets in tatkräftiger Weise vertreten gesucht. Wenn er auch rednerisch nicht besonders hervortrat, so ist bekannt, daß er seinen ganzen Einfluß aufbot, um für seine zweite Heimat fördernd tätig zu sein. Daneben hat er als Parlamentarier besonders seinem Vaterlande in Militär- und Eisenbahnfragen wertvolle Mitarbeit geleistet.

Generalleutnant v. Schubert hat den Feldzug 1866 gegen Oesterreich, 1870/71 gegen Frankreich mitgemacht und wurde in der Schlacht bei Sedan leicht verwundet. Beim Ausbruch des

Weltkrieges trat er als Stappentinspekteur einer Armee wieder in den Dienst.

Bald nach seiner Stellung zur Disposition (1903) entfaltete Exzellenz v. Schubert eine legendäre Tätigkeit für die evangelische Kirche als Vorsitzender des Evangelischen Kirchenbauvereins in Berlin. Inaueich wirkte er für die Verbreitung guter volkstümlicher Schriften. Seine Gattin, Ida geb. Frelin v. Stumm, wurde ihm, nachdem er seit 1881 mit ihr verheiratet war, bereits am 22. Februar 1916 durch den Tod entzogen. Für das Saargebiet ist der sehr Verstorbenen auch nach dem unalltlichen Ausgange des Krieges in stets treuer Fürsorge und mit allen Kräften tätig gewesen. Sein Wunsch war es, die Heimat wieder frei von den Fesseln des Versailles Diktats und in wirtschaftlichem Wiederaufstieg in enger Verbundenheit mit dem deutschen Vaterland zu sehen. Er hat diesen Zeitpunkt nicht mehr erlebt, aber der Ueberzeugung und Hoffnung gelebt bis zu seinem Tode, daß die Geschichte des Saargebietes und seiner treu-deutschen Bevölkerung trotz aller Verwundungenversuche die Gewähr für eine deutsche Zukunft auch an der Saar geben. Möge sein Glaube eine volle Erfüllung finden. An der Bahre dieses aufrechten Deutschen gedenken wir seiner Verdienste um das Deutschum und um das Saargebiet.

Aus dem Saarbergbau.

Die am 22. und 28. Dezember fortgeführten Verhandlungen im Saarbergbau zwischen den Zentralorganisationen und der Generaldirektion der Saargruben brachte in der Lohnfrage kein Ergebnis.

Die Direktion lehnte unter Verkenennung der schlechten Lohnverhältnisse, welche durch Fehlerschichten geradezu katastrophal werden, eine Lohnerhöhung für den Monat Dezember ab. Sie erklärte sich bereit, im Monat Januar erneut zur Lohnfrage Stellung zu nehmen, nachdem ein Ueberblick über die zurzeit unsichere Wirtschaftslage sich ermöglihe.

Jedoch erklärte sich die Direktion grundsätzlich bereit, die noch 128 ansäglich des Streiks abgelegten Bergarbeiter ab 1. Januar wieder anzulegen. Die wiederangelegten Bergarbeiter sollen unter Beachtung ihres Wohnortes auf andere Gruben verlegt werden. Sie treten wieder sofort in den Genuß ihrer früheren Rechte auf Kohlen und Urlaub.

Ein Antrag der Organisation, infolge Einlegens von drei Fehlerschichten im Monat Dezember den Bergarbeitern die Rückzahlung des Kartoffelvorschlusses im Januar zu stunden, soll Berücksichtigung finden.

Am 28. Dezember fand auch eine Besprechung der Führer der Bergarbeiterverbände mit dem Präsidenten der Regierungskommission über die schwebenden Fragen des Saarbergbaues statt. Was Herr Raut da auf die Ausführungen der Bergarbeitervertreter über die ungünstige wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter sagte, ist interessant genug, es auch hier mitzuteilen. Herr Raut meinte u. a.:

Lohn- und Gehaltserhöhungen seien nicht das Richtige, die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu bessern, da jede Lohnerhöhung sofort durch eine weitere Teuerung überholt würde. Die Kursschwankungen des französischen Franken (soll heißen, das Fallen desselben) hätten mit dem Steigen der Preise nichts zu tun (!). Die Arbeitnehmer müßten mehr Gewicht auf eine Verbilligung der Lebensmittel durch Gründung von Einkaufsvereinigungen legen.

Die wirtschaftliche Lage des Saargebietes sei durch den langen Bergarbeiterstreik sehr beeinträchtigt worden. Die gesamte durch den Streik entstandene Schädigung sei auf etwa eine Million Franken zu verzeichnen. (Daß der vertragswidrige Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet die Hauptursache der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Teuerung im Saargebiet ist, wurde leider nicht erwähnt.)

Bezüglich der erlassenen Anti-Streikverordnung vom 2. Mai 1923 erklärte der Präsident, er bedauere es lebhaft, daß er zum Erlaß dieser Verordnung schreiten mußte. Er wäre aber dazu gezwungen gewesen, denn es sei Aufgabe der Regierungskommission, Frankreich die unbehinderte Ausbeutung der Gruben zu sichern. (Daß sie in erster Linie die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern hat, steht anscheinend nicht in der Anweisung Herrn Rauts.) Er wolle aber in dem letzten Jahre, das er wahrscheinlich noch im Saargebiet sei, aus eigenem Antriebe eine Reihe sozialer Gesetze schaffen. Ebenso hätte er aus eigener Initiative beim internationalen Arbeitsamt in Genf die Schaffung eines Vertreters der saarländischen Arbeitnehmer in demselben angeregt.

Zum Schluß seiner längeren Ausführungen sagte der Präsident dann noch, daß bis Mitte Januar die Bergwerksdirektion in erneute Verhandlungen eintreten werde. Die ablehnende Haltung der Regierungskommission, der Bergwerksdirektion und der Schwerindustrie in der Lohn- und Gehaltsfrage sei keine endgültige. Der Präsident legte besonderes Gewicht darauf, dieses zu betonen. (Wie genau Herr Raut über die Ansichten der Bergwerksdirektoren und französischen Schwerindustrie unterrichtet ist!)

Deutsche Opfer französischen Kambbaus an der Saar.

Auf Grube Dilsburg verunglückte der Bergknappe Bach aus Berchweiler. Durch Herabfallen eines Kohlenbruchs wurde er so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Gegen Schichtwechsel verunglückte auf Grube Altenwald der Bergmann Konrad Jost aus Altenwald tödlich. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei verheirateten und drei ledigen Kindern. — Tödlich verunglückt ist auf einer Anlage des Schachtes Luffenthal der Grubenschmied Wilhelm P. Er wurde beim Ausprobieren einer Fördererichtung von einem beladenen Wagen erfasst und gegen ein Gerüst gedrückt.

Auf der Grube Velsen verunglückten zwei Bergleute, die im Bremschacht von einem durchgehenden Förderwagen überfahren wurden. Die beiden Arbeiter wurden schwer verletzt nach dem Knappschachtstrankenhaus gebracht. — Von einem harten Schicksalsschlag betroffen wurde hier eine Bergmannsfamilie in Lebach. Vor nicht allzu langer Zeit war die Frau erkrankt und gestorben; jetzt verunglückte der Mann auf der Grube Camphausen tödlich. — In Abt. 1 der Grube Dübweiler verunglückte der 25 Jahre alte verheiratete Bergmann Karl Wunn aus Dübweiler tödlich. Acht Tage vorher verunglückte sein Bruder Fritz auf Grube Jägersfreude auch schwer, so daß derselbe längere Zeit krank feiern muß. — Der Grubenwächter H. aus Camphausen kam auf einem Rundgange infolge der Rasse zu Fall. Dabei entlud sich sein Dienstrevolver und die Kugel drang dem Bedauernswerten in den Unterleib. — Auf der St. Ingbert-Grube verunglückte der etwa 20 Jahre alte Schlepper Johann Günter bei Ausübung seiner Arbeit derart schwer, daß der Tod alsbald eintrat. — Auf derselben Grube verunglückte der Bergmann Johann Hellenthal, der während der Nachtschicht mit Schiebarbeiten beschäftigt war. Durch einen offenbar vorzeitig losgehenden Schuß wurden dem Manne beide Hände weggerissen.

Feierschichten im Saarbergbau. Seit Monaten werden jeden Monat im Saarbergbau Feierschichten eingelegt. Im Monat November waren es zwei und Dezember drei. Die Grubenverwaltung begründet diese Maßnahme mit Waggomangel. Vor drei Monaten wurde erklärt, daß, nachdem ein Transport leerer Wagen ins Saargebiet durch die Regie freigegeben wurde, der Wagenmangel behoben sei. In diesen Feierschichten scheint aber ein ganz bestimmtes System französischer Arbeitererziehung zu liegen. Die französische Grubenverwaltung hält stets ein Mittel in der Hand, mit dem sie zu gegebener Zeit die Randare fester anzieht. Einstmals waren es Abfahrmangel, heute Wagenmangel; die Begründung von Feierschichten hat sie stets auf Lager.

Kommunales.

Die Bautätigkeit in Saarbrücken

war in den Jahren 1922/23 recht lebhaft; wurden doch im Saarbrücker Stadtbezirk 1288 Wohnungen erstellt, was auf 100 000 Einwohner berechnet eine Vermehrung der Ende 1921 bestehenden Wohnungen um 1078 ausmacht. Dieses Verhältnis der Neuerstellung von Wohnungen ist gegenüber dem in anderen deutschen Großstädten sehr günstig, waren doch nur zwei von ihnen in der Lage, mehr als 700 Wohnungen auf 100 000 Einwohner zu erstellen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Wohnungsnot in Saarbrücken infolge vertragswidriger Einquartierungen und Zwangseinquartierungen mit unerwünschten Gästen und Wohnungsbeschlagnahmen einen außerordentlichen Umfang angenommen haben. Für die Gesamtheit der Einwohner macht sich also die Vermehrung der Wohnräume ebenso wenig bemerkbar, wie die geringere Wohnraumvermehrung im Reich. Immerhin verdient sehr anerkannt zu werden, daß in der Saarstadt die gemeinnützige Bautätigkeit an der Wohnungsvermehrung einen Anteil hat, der über den Anteil der Genossenschaften am Bauwesen im Reich weit hinausgeht. Von den 1288 erstellten Wohnungen entfallen nicht weniger als 766 auf das Konto der Genossenschaften. Der Anteil der Private an der Bautätigkeit in den genannten Jahren beläuft sich im Jahre 1922 auf die Erstellung von 152 (bei 526 genehmigten) Wohnungen, im Jahre 1923 auf 204 Wohnungen (85 Häuser. — Genehmigt wurden 265 Häuser mit 469 Wohnungen). An anderen Bauten innerhalb des Stadtgebietes wären noch der bereits weit vorgeschrittene Bau der St. Michaelskirche auf dem Rotenbühl, der ebenfalls seiner Vollendung entgegengehende Rathhausweiterbau, sowie die glückliche Fertigstellung der Kaiser-Wilhelm-Brücke zu registrieren. Dazu treten eine Reihe industrieller Bauten, die vielfach Aenderungen in der Stadtophonomie herbeigeführt haben.

Die Nummern 18 und 24 des „Saar-Freund“, Jahrgang 1920 und die Nummern 19 und 20 des „Saar-Freund“, Jahrgang 1920, werden von einem Freund unserer Heimat zu laufen gesucht. Um gest. Mitteilung des Preises und Zusendung der betreffenden Nummern bittet

Die Geschäftsstelle „Saar-Berein“.

Ein bemerkenswerter parteipolitischer Zusammenschluß.

Seit einiger Zeit schwebten zwischen der Liberalen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei im Saargebiet Verhandlungen, die eine Verschmelzung der beiden Parteien zu einer neuen Partei zum Ziele hatten. Diese Verhandlungen haben zum Ziele geführt. Es wurde eine neue Partei gegründet, in der die beiden bisherigen Parteien aufgehen. Die neue Partei erhält den Namen „Deutschsaarländische Volkspartei“ (Vereinigte Liberale und demokratische Partei). In ihrem Parteiprogramm heißt es u. a.:

Die Deutschsaarländische Volkspartei (Vereinigte Liberale und Deutschdemokratische Partei) will rücksichtslos, offene Kämpferin für die Erhaltung des Deutschtums an der Saar sein. Sie bekämpft sich zum einheitlichen Deutschen Reich. Hauptziel ihrer Politik ist durch die Abstimmung des Jahres 1935 das Saargebiet dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Im Rahmen des dem Saargebiet im Friedensvertrage eröffneten staatlichen Lebens will sie die Grundsätze der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit der konfessionellen Verbrüderung und der Freiheit des Geisteslebens verwirklichen und fordert, daß das Saargebiet vom Völkerverbund zum Wohle und unter Achtung der Rechte seiner Bewohner verwaltet wird.

Im Interesse der Erhaltung der Einheitsfront der politischen Parteien ist die Partei bereit, sich für die Erhaltung der bestehenden Schulverhältnisse bis zum Jahre 1935 einzusetzen. Voraussetzung dabei ist, daß folgende Grundsätze berücksichtigt werden: Unbedingte Gewissensfreiheit für Eltern und Lehrer. Keine Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht, auch nicht auf Umwegen. Im übrigen erhebt die Partei auf kulturellem Gebiet u. a. folgende Forderungen: Staatschutz der Religionsgemeinschaften, Wahrung der Zusammenhänge der Kirchen des Saargebietes mit ihren Mutterkirchen, Freiheit der Presse, Erhaltung der deutschen Schule. Körperliche Erziehung durch Förderung von Turnen, Spiel und Sport.

Im Interesse des Kampfes für das Deutschtum ist dieser Zusammenschluß aufs freudigste zu begrüßen. Denn jede parteipolitische Zersplitterung schwächt diesen Kampf. Zu bedauern ist nur, daß diese Einigungsbemühungen nicht noch mehr Parteigruppen umfaßt hat. In diesen Jahren des Kampfes ist es doch wirklich gleichgültig, ob die eine oder andere parteipolitische Forderung, die nichts mit dem Deutschtum an sich zu tun hat, bis zur feinsten Nuance genau berücksichtigt ist: Deutsch sein, heißt alles. Wohin diese Zersplitterung führt, beweist die Tatsache, daß die Saargebietsheldener am 27. Januar in sieben verschiedenen Lagern zur Wahlurne geht, davon gehören allerdings zwei zu den Franzosenlagern.

Ein weiterer Beweis für die Unzweckmäßigkeit der parteipolitischen Zersplitterung ist die Entschlebung des gutbeachteten Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei für das Saargebiet, deren einzelne Punkte eigentlich von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen aufgestellt werden könnten:

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei des Saargebietes stellt zu seinem lebhaften Bedauern fest, daß freie vaterländische Gesinnung im Saargebiet zur Unmöglichkeit geworden ist. Hiergegen protestiert die Partei ganz entschieden und fordert von der Regierungskommission, daß sie bei allen ihren Maßnahmen, welche sie trifft, Rücksicht nimmt auf die Tatsache, daß die gesamte Bevölkerung des Saargebietes seit Hunderten von Jahren einen wesentlichen Bestandteil des deutschen Volkes gebildet hat und in vaterländischer Hinsicht mit an erster Stelle steht. In wirtschaftlicher Beziehung ist bedauerlicherweise festzustellen, daß die Regierungskommission, welche von etwa 1/4 Jahren die Frankenwährung gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt hat, heute schon nicht mehr in der Lage ist, die über das Saargebiet hereingebrochene Wirtschaftskrise zu meistern. Hinsichtlich der sozialen Aufgaben hält es der Parteitag für dringend notwendig, daß alle in Deutschland infolge einer fortschreitenden sozialen Gesetzgebung erlassenen Gesetze jeweils in dem Saargebiet mit größter Beschleunigung eingeführt werden. Auch hinsichtlich der Wohnnot hat die Regierungskommission so gut wie versagt. Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß der dauernde Zufluß von Ausländern gerade in Saarbrücken der großen Wohnungsnot diametral entgegensteht.

Weiter verlangt die Partei, daß die Schwierigkeiten, die der Landwirtschaft sowie dem Handel und Gewerbe durch die Abschneidung vom Deutschen Reich gemacht werden und die trotz mehrerholter Eingaben der Landesvertretungen nicht beseitigt worden sind, nunmehr restlos beseitigt werden.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 1009), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 56. / Vorst.: Bankdirektor Karl Fraenkel (Hans: Zentr. 9150-22, Privat: Wilhelm 3261) Charlottenburg, Gieselerstraße 7. / Kass.: u. Postkass.: Berlin 15841: Bankbeamter Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postfängerstraße 18. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 108, a. d. Weidendammer Brücke. / Zeitungszuführer: H. Voel. Carl Maria Meier, (Moabit 102), NW. 5, Quilowstraße 100.

Vereins-Plauderei. Die verfloßene Weihnachtsfeier verlief in schönster Harmonie und nach echt heimatlischer Sitte. Der Saal war gut gefüllt und die Stimmung bis zum späten Schluß eine vorzügliche, dank einer guten Musik und mit großem Beifall aufgenommenen Einzeldarbietungen von Fr. Sommer (Gesang) und Herrn Rothaar (Violine). Natürlich war für die Kinder das Erscheinen Knecht Rupprecht Nikolaus Belzenkels, der sich diesmal in künstlerischem Gewande und Maske, erbacht von unserem 2. Vorsitzenden und ausgeführt von seiner Gattin, vorstellte, das Ereignis des Tages. Viele Kinderhände konnten mit reichen Geschenken, Schokolade und sonstigen Süßigkeiten sowie mit allerlei Bildwerk, gestiftet von Herrn und Frau Kommerzienrat Meyer, welche bei keinem Weihnachtsfeste fehlen, gefüllt werden. Ja, sogar einige der großen Kinder wurden bedacht. So erhielt unser Schriftleiter wertvolle Schriften „Wie finde ich mich im Gelände zurecht“ u. ähnliche zur Bereicherung seines Wanderwissens und -triebes; und Joel „Der Schweigame“, bekam Rednerpflüm und die Schriften „Wie benehme ich mich im Gelände, zu Hause, auf der Straße und im Verein“ sowie „Bestimm Dir wie Du willst, aber benimm Dich.“ — Dann folgten Rinderpiele, an denen sich auch die Großen beteiligten und ergötzen, ferner Mundartgedichte unserer besten Heimatdichter Gläseln, Sommer, Röder u. a., die mit größtem Jubel immer von neuem gefordert wurden. Und flottgespielte Tanzweisen sorgten dafür, daß auch die „zwischen Kind und Großmutter“ zu ihrem Rechte kamen. — Das Verloren einer fetten Weihnachtsgans und eines Neujahrshasen sowie einiger Stiftungen, worunter ein selbstgemaltes Aquarell (Heimatmotiv) unseres Vorstandsmitgliedes Herrn Aug. Weinsheimer und eine Flasche 18er Heimat-Auslese unseres Vorstandsmitgliedes Herrn Staatsrat Dr. v. Wolf, enthoben uns von der Einziehung eines Beitrages zur Deckung der Unkosten. — Also das Fest war diesmal ganz besonders gelungen, und wer nicht dabei war, hat entschieden etwas veräußt, aber der Vergnügungsausschuss wurde für seine Mühen durch die allseitige Anerkennung reichlich belohnt. Von einer Silvesterfeier wurde Abstand genommen, da viele Familien schon unter sich Abmachungen getroffen hatten, um den Uebergang in kleineren Familienkreisen zu feiern. — Hoffentlich gehen wir, wenn auch langsam, so doch sicher und stetig, besseren und gesünderen Zeiten entgegen. Wer jetzt noch Stellung und Brot hat, soll Gott danken und der armen 50 000 Eisenbahner und anderen Beamten im besetzten Gebiet gedenken, die von aller Welt verlassen, jetzt in bitterster Winterzeit ohne Stellung und Brot dem Elend preisgegeben sind. — Der erste Vereinsabend in diesem Jahr war leider nur schwach besucht, was auf die armen Kälte zurückgeführt werden muß, doch war man munter und guter Dinge und erzählte sich manch Neues aus der Heimat. — Dafür brachte die erste Vereinswanderung überraschend 47 Teilnehmer auf die Beine, eine große Zahl für die kalte Jahreszeit aber eine gute Vorbedeutung. War das aber auch ein prachvoller Tag und eine Winterlandschaft, wie wir sie uns auf den Wanderungen der letzten Jahre vergeblich gewünscht haben. Zuerst ging es über das Eis quer über den Müggelsee, der besetzt war von Ankaüchern, Schlittschuhläufern und Eiseschlitten. Dann um den Teufelssee hinauf auf die Müggelberge, die uns durch Rodler und Schneeschuhläufer viel Kurzweil boten, hinauf auf die Bismarckwarte, diesmal mit besonders schönem Rundblick auf riesige Eisflächen und verschneite Wälder. Und so weiter ohne Raste und doch ohne Regen rund um den Müggelsee über Rahnsdorf bis zum Ausgangspunkt der Wanderung. Sei, schmeckte diesmal der Ruckadinhalt und die heiße Brühse in Rühbzah und der gute Kaffee im Paradiesgarten auf Rahnsdorfer Mühle, und wie schön war noch der letzte Teil, eine Stunde durch den nächsten schneebedeckten Wald bis zum Bahnhof Friedrichshagen. Wie gesagt, ein guter Anfang. Und die vielen frohen, frischen Gesichter waren für die Führer einfach ein Genuß. Nur Joel sah verärgert, in sich gekehrt in der Ecke, weinte innerliche Tränen, weil Gattin und Katscheler so weit, so weit — — — Nun noch etwas ins Ohr unter dem Siegel strengster Anklage: das Stillestehen wird dieses Jahr nicht ausfallen, es wird sogar bald abgehalten und diesmal allen Tanzlustigen gerecht werden, aber zuvor müssen wir uns fest vornehmen, sofort nach Erhalt der Zeitung unserem Kassierer Schmitt (und seinem

Gehilfen Kiefer) eine kleine Freude zu bereiten und die beigelegte Zahlkarte (siehe 2. bis 3. Seite), ausgefüllt mit mindestens 3 goldenen Rentenmark für den Vereinsbeitrag, zur Post bringen. Neun Jahre waltet dieser Herr seines mühevollen Ehrenamtes (denn Gehälter und Zulagen werden bei uns nur versprochen, um nicht gehalten zu werden) und im zehnten, also Jubiläumsjahr müssen wir ihm jeden Aerger fernhalten, mindestens aber den, rückständige Beiträge durch Postauftrag einzuweisen zu müssen. Wer ein Uebiges tun will oder kann, füge noch einige Mark hinzu und benenne den Zweck, z. B. Heimathilfe, Kinderhilfe, Zeitungsspende, Ablösung für das zweite Halbjahr usw., dann habt Ihr — eine Seltenheit — demnächst auch das Vergnügen, den Jubilar lachen zu sehen. Darum auf zum nächsten Vereinsabend.

Vorstandssitzung am Samstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, pünktlich und vollständig bei Altstadter Jakob Clemens „Zur Pfälzer Kasse“, Berlin N., Chausseestraße 11.

Vorträge. Unser Vorstandsmitglied Herr Studienrat Sellam fand am vorletzten Vereinsabend zu seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Lieselotte v. d. Pfalz“ einen guten Besuch vor und erzielte großen Beifall seitens der aufmerksamen und dankbaren Zuhörer. Am folgen beim nächsten Vereinsabend kunstgewerbliche Schlaglichter des Vorstandsmitglieds Herrn Gewerbe-Oberlehrer Aug. Weinsheimer mit dem Thema: „Wanderung im Heime eines Kunstfreundes.“ Vortrag mit Anschauung moderner Wohnräume in Bildern.

Nächster Vereinsabend: Freitag, den 1. Februar, abends 8 Uhr beg., im Vereinslokal Hotel Atlas, Berlin, Friedrichstraße a. d. Weidendammer Brücke. Der Vortrag des Herrn Weinsheimer beginnt um 8½ Uhr. Gäste wie immer willkommen.

II. Programmwanderung 1924: Sonntag, den 3. Februar. Ausgang Wildpark, Riel Potsdam. Wildpark — Baur. Häuschen. (Rast.) Gellow — Bekenisee — Caputh — Templin — (Rast) Potsdam. 4½ Stunde Marschzeit. Eine in jeder Jahreszeit interessante Wanderung.

Zusammenfassungen: ab Stadtbahn: Schiel. Bahnhof 7.44, Friedrichstraße 7.58, Charlottenburg 8.16, Wannsee 8.42, Potsdam 8.58 (umsteigen) oder ab Wannseebahnhof 8 Uhr, Wannsee 8.38 (umsteigen), Wildpark an 9.10. Führung: Fränger und Gerhard.

Wanderungen 1924.

Januar: Friedrichshagen — Müggelberge — Rahnsdorf — Friedrichshagen, 20 km.
Februar: Wildpark — Baur. Häuschen — Caputh — Potsdam, 18 km.
März: Hermsdorf — Rindel — Schildow — Rönchmühle — Summt — Hohenneuendorf, 20 km.
April: Wilhelmshagen — Hellenwinkel — Giesener Berge — Schmückwitz — Grünau, 17 km.
Mai: Bernau — Liepnitzsee — Hellsee — Bernau, 25 km.

Das verschlossene Tor.

(Schluß).

Wann wird man abfahren? Wo muß man umsteigen? Wie oft und weshalb?

Niemand weiß es.

Wo wird man landen und wie? Wird kein Unglück passieren unterwegs? Wer wird einem an den Zollstationen das Gepäck tragen?

Sie fahren ins Saargebiet, fragt man mich an der Grenze. Dann machen Sie nur vorher Ihr Testament.

Der Zug setzt sich in Bewegung. Da kommen noch zwei Wandervogel an. Sie beeilen sich nicht. Trotzdem der Zug schon fährt. Man reißt ihnen die Türen auf. Sie steigen in den fahrenden Zug. Das darf man jetzt alles.

Und während ich am Fenster stehe, einen Druck in der Rechte, sehe ich auf den leeren Bahnsteigen die Maroffaner in der Sonne Lauschrift üben, un—deux, un—deux mit ihrem ordnungsgemäßen Unteroffizier. . . Un—deux — un—deux — —

Das Tor schließt sich hinter mir —

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. Ommert, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königlicher Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag Berlin SW. 11.